

Wöchentlich 35 Bl., monatlich 1.20 M.  
im voraus zahlbar, Postbezug 1.25 M.  
einschließlich 60 Pfg. Postgebühren und  
72 Pfg. Volkszuschüben. Kundenbe-  
abonnements K. - M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags  
zweimal, Sonntags und Feiertags  
einmal, die Abendausgaben für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, illustrierte Beilagen „Voll  
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Fern-  
Unterhaltung und „Wissen“, „Frauen-  
stimme“, „Leserbrief“, „Müd in die  
Wüchermilch“ und „Jugend-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konvertierung  
des Pfennigs, die vom Reichs-  
markt „Kleine Anzeigen“ des ein-  
gedruckten Wortes Pfennig (wichtig  
eingedruckte Worte), jedes weitere Wort  
12 Pfennig, Streifenlänge des ersten  
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort  
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben  
zahlen für zwei Worte, Kreisdruck  
12 Pfennig, Pfennig, Familienanzeigen je 12  
Pfennig, Anzeigenannahme im Haupt-  
geschäft Lindenstraße 2, wochentags  
von 8 1/2 bis 12 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten, Wallstr. 65. Et. 8. u. Disc.-Ges., Depositionskasse Lindenstr. 2.

# Ostprogramm im Werden.

## Die Ressorts sollen Entwürfe vorlegen.

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett setzte  
gestern nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers  
Dr. Brüning und in Anwesenheit des Reichsbank-  
präsidenten Dr. Luther die Erörterung über das Ostpro-  
gramm fort. Die Beratungen führten zu einer grund-  
sätzlichen Einigung, auf Grund deren die end-  
gültigen Gesetzentwürfe von den Ressorts unter Füh-  
rung des Reichsministeriums des Innern in der  
nächsten Tagen vorgelegt werden sollen.

Das Reichskabinett wird alsdann am nächsten  
Mittwoch über die endgültige Gestaltung des Ge-  
samtprogramms Beschluß fassen.

Die amtliche Mitteilung spricht von einer grundsätz-  
lichen Einigung. Es wäre interessant zu erfahren,  
worauf eine grundsätzliche Einigung erfolgt ist. Es ist  
bekannt, daß nach wie vor sehr erhebliche  
Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichs-  
innenministerium, Reichsfinanzministerium und Reichs-  
ernährungsministerium bestehen. Jedes Ressort hat ein Ost-  
programm für sich ausgearbeitet — die Fäden schleifen  
in dieser Regierung der Führung wieder einmal am Boden.  
Nun sollen die einzelnen Gesetzentwürfe von den Ressorts  
ausgearbeitet werden, das Kabinett wird am kommenden  
Mittwoch abermals den Kampf der Ressorts erleben.

Ungeklärt ist bisher die Frage, wie weit überhaupt der  
Osten geht.

Ungeklärt sind auch noch die finanziellen Fragen.  
Die Telegraphen-Union setzt sich in kühnem Saltomortale  
über die Schwierigkeiten hinweg, indem sie für die Lösung  
auf den Anleihemarkt verweist. Man will hier u. a.  
über die Rentenbank-Kreditanstalt zu einer Emission kommen,  
die zumindest 90 Millionen Mark erbringt. Der Vorschlag  
ist, wenn er wirklich im Kabinett erörtert worden ist und  
nicht nur ein Phantasieprodukt der Telegraphen-Union dar-

stellt, mehr als leichtfertig. Einmal werden die für das Ost-  
programm zu verwendenden Summen in dem Maße in den  
Konsum fließen, wie sich die schlechten Ideen im Reichs-  
kabinett durchsetzen. Zum anderen hat die Geschichte des  
Außerordentlichen Etats während der letzten Jahre gezeigt,  
daß eine Anleihebewilligung noch lange nicht  
bares Geld bedeutet. Man sollte deshalb mit An-  
leiheplänen äußerst vorsichtig umgehen.

Im übrigen sollen, nach der Telegraphen-Union, die an-  
scheinend von Herrn Schiele mehr optimistisch als richtig in-  
formiert wird, die Restbestände der Bank für In-  
dustrieobligationen und Mittel der Renten-  
bank-Kreditanstalt, weiter auch der Erlös aus dem  
Verkauf von Reichsgut in den besetzten Gebieten zur Deckung  
der Anforderungen aus dem Ostprogramm dienen. Als  
Kuriosum soll noch festgestellt werden, daß man auch den  
Siedlungsfonds des Reichsarbeitsministe-  
riums für die Ostaktion heranziehen will. Das bedeutet die  
Verwendung von Mitteln, die für die Ansiedlung von  
Bauern im deutschen Osten und für den Schutz des deutschen  
Ostens gegen fremdländische Invasion bestimmt sind, zu-  
gunsten des bankrotten ostelbischen Großgrundbesitzes.

Klar ist man sich im Kabinett entgegen anders lautenden  
Meinungen auch nicht darüber, ob man ein Teil-  
programm oder ein Gesamtprogramm be-  
schließen soll. Wahrscheinlich wird aus den Beratungen nur  
ein Teilprogramm herauskommen, das man jetzt, beichöni-  
gend, als Sofortprogramm bezeichnet. Für das  
Sofortprogramm setzt sich vor allem Dr. Moldenhauer ein,  
was angesichts der Finanzschwierigkeiten des Reiches nur  
allzu begreiflich ist.

Die Ostaktion hätte wirklich dem Osten Deutschlands  
Hilfe bringen können, wenn sie die landwirtschaft-  
liche Rationalisierung endlich in Fluß gebracht  
hätte. Das Kabinett Brüning-Schiele verpaßt aber wieder  
einmal eine Chance. Es verplempert Geld und  
verschärft die Krise.

# Indien und England.

## Ein Kampf um die endgültige Freiheit.

Von Franz Josef Furtwängler.

Was wird England jetzt in Indien tun?

Es verfügt über die militärischen Nachtmittel: Flinten,  
Kanonen, Tanks, Maschinengewehre, Flugzeuge, Gas-  
granaten, und kann die Freiheitsbewegung von Fall zu Fall,  
von Ort zu Ort niederfeuern — sofern nicht die Reiterien  
der eingeborenen Truppen Britisch-Indiens ganz großen  
Umfang annehmen, worüber heute noch niemand etwas vor-  
auszagen kann. Black- und Tan-Regimenter mögen im Blute  
waten, wie seinerzeit in Irland, und über Weidenfelder den  
Weg durchs Land bahnen, bis die Bogen des heiligen  
Stromes die Toten auspeien, wie einst ein mohammedani-  
scher Geschichtsschreiber die Eroberung des Gangesdeltas durch  
die Ostindische Kompanie schilderte. Und immer wieder wird  
das Volk sich erheben, denn das Indien von heute ist ein  
anderes als das der Sepoy-Aufstände von 1857. War jener  
Aufstand eine Verzweiflungsrevolte ohne ein klares Ziel und  
ohne die Mittel zur Erreichung eines solchen, so ist dieser  
ein Kampf um die endgültige Freiheit des  
namentlich durch den Weltkrieg wiedererwachten indischen  
Volkes.

Man komme nicht mit der schätzbaren Weisheit: Indien  
sei doch wohl für die Selbstregierung noch nicht reif. Die  
Weltgeschichte ist keine Kinderbewahranstalt, und ein Volk  
wird nur „reif“, indem es seine eigenen Geschicke in die Hand  
nimmt und am Versuch ihrer Meisterung seine Kräfte misst.  
Befehrt doch Chinesen, Indier, Indonesier mit Engelszungen,  
wie ganz anders irgendein Gouverneur aus Westeuropa Ver-  
fahrensmittel anlegt, Verwaltungen organisiert als ihre ein-  
heimischen Söldnerkürsur — ihr könnt das gleiche jedem  
Agrarvolke des Balkan sagen und werdet mit Recht  
einen Sturm der Empörung ernten. Kein bewußtes  
Volkstum läßt sich das Recht auf sein Eigenleben und die  
Regelung seiner eigenen Angelegenheiten auf die Dauer mit  
der Begründung anfechten, irgendein von außen kommender  
Bedrückter verstehe besser zu rationalisieren, rationeller zu  
wirtschaften!

Ich kenne auch das so häufig ausgemalte Bild des  
Indien, in welchem es nach dem Abzug der Engländer „Nord  
und Lotoschlag gibt“. Die Gegensätze der Kasten  
innerhalb des Hinduismus bestehen jetzt schon und werden  
weiterbestehen, wie hierzulande die Gegensätze der Klassen,  
in denen wohl niemand einen Grund zur Fremdherrschaft  
über ein Land sehen möchte.

Etwas anderes ist der Gegensatz Nord und Süd  
oder Islam und Hinduismus. Dieser Zweipol  
zweier Religionen kann unter Umständen zu einem solchen  
nationaler und territorialer Art werden, der dieselbige sich  
in inneren Kämpfen messen und schließlich ordnen wird. Aber  
dieser Kampf wird auch dann kommen, wenn das Land  
noch hundert Jahre die Vormundschaft einer dem Volke abso-  
lut fremden Herrschaft „genießt“. Wer von Indien etwas  
weiß, der vergesse nicht, daß diese endgültige Auseinander-  
setzung zwischen dem mohammedanischen Nordwesten und  
dem hinduistischen Süden einst durch die Hereinkunft der  
Engländer unterbrochen wurde. Damals stand Indien mit  
dem großen Endkampf zwischen dem Mogulreich des Nor-  
dens und dem Mahratteneich des Südens im selben Stadium  
des „Bruderkrieges“ als entscheidender Auseinandersetzung,  
wie die deutschen Stämme zwischen 1864 und 1870. Anders-  
halb Jahrhunderte englischer Regierung vermochten nicht, das  
Problem zu lösen. Im Gegenteil baute diese ihre Herrschaft  
gerade auf solche Zerklüftung auf.

Wie hätte England auch diese Völker oder diese Völker  
einigen, an ihrem Schicksal mitgestalten können? Wie hat  
es an materiellen Gütern aus Indien herausgeholt, manches  
auch hineingebracht: Eisenbahnen, Maschinen, Fabriken,  
Kinotheater, Rennbahnen, Verwaltungsinstitutionen, Hoch-  
schulen für eine handvoll Zahlungsfähiger. Der Wert oder  
Unwert dieser Bekehrung für ein asiatisches Land soll hier  
nicht untersucht, sondern es soll lediglich festgestellt werden:  
kein Maschinenimport, keine Fabrikinstallationen noch Hoch-  
schulgründungen verschmelzen vollklich den Lieferanten mit  
dem Empfänger. Dies geschieht nur durch blutmäßige  
Verbindung. Gerade diese aber haben die Engländer  
nicht nur unterlassen, sondern geradezu peinlich vermieden.  
Was England künftig allein noch eine Herrschaftsmöglichkeit  
über das Land gäbe, das fehlt: eine zahlreiche englisch-indische  
Mischrasse als Kitt und bindende Klammer zwischen den  
beiden Völkern.

Ueber die Erwünschtheit einer solchen Rassenmischung  
oder umgekehrt die Richtigkeit der gepflogenen Abschließung  
der Engländer von den „Eingeborenen“ sollen hier keine  
Worte verloren werden, denn es handelt sich nur um die  
Betrachtung einer vollzogenen geschichtlichen Tatsache, die  
allerdings über Englands Schicksal in Indien entscheidet. Die  
Engländer sind nun einmal das völkisch exklusivste  
Volk der Erde. In Indien, wo sie ein altes, in Jahr-  
tausenden gewordenes Kastenwesen (das immerhin die

# Schulgebete gegen die Juden.

## Frick erklärt sich im Thüringer Landtag.

Weimar, 7. Mai. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische Fraktion brachte im  
Thüringer Landtag folgende Entschließung ein:

„Durch Verordnung vom 16. April d. J. hat der national-  
sozialistische Volksbildungsminister Dr. Frick fünf Gebete zur Ein-  
führung in den Thüringer Schulen empfohlen. Alle Gebete  
tragen politisches Gepräge. Es sind Kriegsgebete, die für die  
„befreiende Tat“ im Sinne der Nationalsozialisti-  
schen Partei Propaganda machen. Es sind Gebete gegen Völk-  
verföhnung, Völkerverständigung und Völkerrfrieden. Es sind  
parteilich-politische Hassgebete, die in verleumderischer und  
recht unchristlicher Weise dem republikanisch gesinnten und fried-  
liebenden Teil der Thüringer Bevölkerung Betrug und Verrat vor-  
werfen. Die Behauptung, daß Gottlosigkeit und Vaterlandsverrat  
das deutsche Volk vernichtet und zerrissen habe, ist eine politische  
Provokation schlimmster Art. Die amtliche Auffstellung solcher  
Behauptungen, die eine Beleidigung weiter Bevölke-  
rungskreise darstellen und darum verkehrt wirken müssen, ist  
ein offener Verstoß gegen die Bestimmungen der  
Reichsverfassung, nach der in öffentlichen Schulen die  
Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden dürfen. Die  
Gebete sind ein Mißbrauch der Religion und ein Mißbrauch  
der Schule für parteipolitische Agitation. Die Regierung wird des-  
halb ersucht, die Gebetsverordnung vom 16. April aufzuheben.“

In der Mittwochssitzung des Haushaltsausschusses des Thüringischen  
Landtages fragte ein Vertreter der Sozialdemokratie den thürin-  
gischen Innenminister, gegen welche „art- und volksfremde  
Kräfte“ sich die von ihm angeordneten Schulgebete richten. Frick  
antwortete wörtlich: „Ich will ganz offen sein. Wir brauchen uns  
da nichts vorzumachen. Die Entstellung des deutschen  
Volkes geht aus von rassenfremden Elementen, nämlich von  
den Juden.“

Der Interpellant der Sozialdemokratie stellte daraufhin sofort  
fest, daß diese Auslegungen der Freiheitsgebete niedrigste  
Judenhege sei, die sich mit den Grundbestimmungen der  
Weimarer Verfassung nicht vertrage.

## Wehretat im Ausschuß genehmigt. Sozialdemokratische Streichungsanträge abgelehnt.

Im Hauptausschuß des Reichstages hatte der Demokrat Bern-  
hard im Verlaufe der Beratungen des Reichswehretats erklärt,  
daß sich seine Fraktion für die zweite Lesung im Plenum noch  
Streichungsanträge vorbehalte. Darauf kam der Abg.  
Erasing (Str.) zurück. Auch er erklärte im Namen seiner Frak-  
tion, daß im besonderen bei den neuen Bauvorhaben  
Zurückhaltung geübt werden müsse, zum mindesten müßten  
Zurückstellungen für das nächste Jahr erfolgen. Auch das Zentrum  
werde noch entsprechende Anträge bringen.

Die Erklärungen kamen vorläufig zu keiner praktischen Aus-  
wirkung. Alle sozialdemokratischen Streichungs-  
anträge wurden vom Bürgerblock abgelehnt und damit der  
Wehretat nach der Vorlage genehmigt.

## PPS-Kampfanzeige gegen Glawef. Wahlblock der Linken im Falle der Sejm-Auflösung.

Der Vorstand der Polnischen Sozialistischen Partei  
nahm eine Entschließung an, in der das gegenwärtige Kabinett  
Glawef als eine Regierung der verschärfsten Dik-  
taturform des Marschalls Pilsudski bezeichnet und ihr ver-  
schärfster Kampf auf parlamentarischem und außerparlamentar-  
ischem Boden angekündigt wird. Die Entschließung spricht sich ferner  
über die Zusammenarbeit mit den übrigen Links- und Mittelparteien  
aus; im Falle von Neuwahlen soll ein Wahlblock mit diesen  
Parteien angestrebt werden.

Lebensform von 300 Millionen verschiedenartigster Menschen ordnet gar lächerlich finden oder es wenigstens so darstellen, haben sie selbst das steifste Kastensystem errichtet, das sich nur denken läßt. Innerhalb ihrer eigenen Rasse in Indien schließt sich eine Kaste von Regierungsleuten und Unternehmern gegen die übrigen Engländer gesellschaftlich mit einer Strenge und Venglichkeit ab, wie sie nirgends sonst in der Welt zu finden ist. Dem gesamten Engländerium Indiens aber gilt jeder andere als der notwendige geschäftliche Verkehr mit den „natives“ (Eingeborenen) als eine Entwürdigung. Da, es gilt schon als ein Merkmal minderen Wertes, wenn ein Kind zweier englischer Eltern zufällig in der „Kolonie“ zum erstenmal ins Sonnenlicht kräft, auch wenn kein Mensch daran denkt, die Verbürgtheit einer echt englischen Vaterchaft anzuzweifeln. Deshalb werden, soweit es irgend möglich ist, die in Hoffnung befindlichen Engländerinnen aus Indien nach England geschickt, um dort ihre Niederkunft zu erwarten, weil sonst die Bezeichnung „colonial born“ (in der Kolonie geboren) ein lebenslängliches Schandmal für den kleinen Britenbürger wäre, dem die Hebamme in Bombay oder Simla erstmals „Good morning“ sagt. Und nun wisse man mir eine einzige indische Kaste nach, die den Geist der Absonderung bis zu solchen Graden steigert.

Wohl gibt es in Indien auch englisch-indische Mischlinge: etliche hunderttausend „Euroaster“, oder wie sie selbst sich nennen — Anglo-Indier, die die unteren Bürostellen der Hotels und Eisenbahnen einnehmen oder kleine Kaufläden und dergleichen betreiben, und in ihrer Kleidung und Lebensgewohnheit die Engländer nachahmen. Aber was bedeuten diese nach Zahl und Stellung in dem großen Lande? Sie sind in der Mehrzahl das Produkt der ehelichen (oder nichtehelichen) Verbindung der untersten Schichten beider Völker und besitzen nicht die Macht und das Ansehen, um zwischen beiden das kulturelle oder politische Bindeglied zu sein. In englischen Handbüchern wird ihre Zahl entweder gar nicht oder ganz verächtlich unter „Befenner des christlichen Glaubens“ mit angeführt und jeder Engländer sieht in ihnen den beklagenswerten „Fehltritt“ seiner großen auserwählten Nation. Man vermute hinter diesen Angaben nicht etwa spottende oder „englandfeindliche“ Auslassungen. Jeder geschulte Engländer, dem ich sie vortrage, erwidert: „Was Sie da sagen ist vollkommen richtig, dear Sir, aber Gott, wir sind mal so.“ Worauf es mir allein antwortet ist, zu konstatieren: Die Engländer haben heute in Indien keine Klasse, Rasse, Volksschicht, Religion oder Partei auf ihrer Seite, die ihre Herrschaft rechtfertigen oder über das bloße Säbelregiment hinaus moralisch stützen würde. Sie sind dem Volk genau so fern und so fremd wie vor hundertundfünfzig Jahren. Ihre Macht ist das Militär, und wie grimmige Gottheiten thronen sie in einsamer Höhe und herrschen mit dem Bligstrahl ihrer überlegenen Waffen. Diese mögen mächtig sein — auf die Dauer genügen sie heutigentags nicht mehr. Eine Reihe eingeborener Fürsten (beisäbe nicht alle) und eine Horde Samindars oder Großgrundpächter, denen gegen eine Tributleistung ein Teil des Volkes zur Ausbeutung überlassen wird, sind die einzigen Nutznießer dieser Herrschaft. Doch gerade sie bringen mit ihrer Tyrannei mehr Volk gegen die Engländer auf, als sie jemals für diese zu mobilisieren imstande wären, und so werden auch diese wenigen Gehilfen der fremden Herrschaft für diese mehr und mehr zu einem recht fragwürdigen Rückhalt.

In den Maharadschastaten mit ihrer von England beschirmten Willkürherrschaft, gegen die die „Untertanen“ dieser Fürsten in den letzten Jahren auf allerlei Konferenzen und Kongressen zu wehren versuchen, ist die Aufwühlpropaganda unter den Truppen bisher viel fruchtbarer gewesen, als auf dem unmittelbar britischen Gebiet, und kann in entscheidender Stunde überraschende Ergebnisse zeitigen. Nimmt man hinzu, daß diejenigen britischen Provinzen wie Gudschrat und zum Teil Bombay, aber auch andere Gegenden, in denen es gelang, Gandhis „passiven Widerstand“ durchzuführen, schon jetzt nicht mehr als tatsächlich „englisch regiert“ angesehen werden können, so läßt sich — bei allem Mißtrauen gegen Hoffnungen, die der Sympathie mit einem im Freiheitskampf stehenden Volke entspringen — wohl getrost sagen: Indien kann im schlimmsten Fall noch lange ein blutiges Jagdgelände für die englischen Waffen sein: es mag sich auch zeitweise durch Teilzustände zu kurzem Waffenstillstand drängen lassen, sein großer Kampf aber endet erst mit der völligen Befreiung.

## 1,65 Milliarden Defizit.

### Die Reichsfinanzen am Ende des Rechnungsjahres.

Das Reichsfinanzministerium stellt für das am 31. März beendete Finanzjahr 1929/30 ein Defizit von 1,65 Milliarden Mark fest. Auf den ordentlichen Haushalt verteilt sich das Defizit mit 154,4 Mill. vom vorhergehenden Jahr und 741,7 Mill. aus dem jetzt abgeschlossenen Finanzjahr 1929/30. Auf den außerordentlichen Haushalt entfallen 758,2 Mill., und zwar 904,5 Mill. Defizit aus dem Rechnungsjahr 1928/29, denen im letzten Finanzjahr ein Ueberschuß von 146,3 Mill. gegenübersteht. Die beim ordentlichen Haushalt nachgewiesene Mehreinnahme von rund 742 Mill. wird sich jedoch bei der Endabrechnung für das letzte Finanzjahr wesentlich verringern, da im letzten Monatsausweis vom März die Reparationszahlungen nach dem Londoner Abkommen verbucht sind, während sich im endgültigen Jahresabluß bereits die Erleichterungen des Young-Plans auswirken werden.

Der Kassenbestand betrug Ende März 34 Mill., die schwebende Schuld ist seit Ende Februar von 1735,9 auf 1938,4 Mill. gestiegen. Die Erhöhung ist auf den Verkauf von Schahowweisungen zurückzuführen. Bei der Reichsbank wurde im März ein Betriebskredit in Höhe von 50 Mill. beantragt.

## Einigung über die Anleihe.

Die in Paris tagenden Vertreter der B33, sowie der Schahämter der Gläubigerstaaten und des deutschen Finanzministeriums haben die Beschlüsse der Bankkonferenz am Mittwoch angenommen.

Die Young-Obligationen werden demnach zu 5 1/2 Proz. verzinst und verrentlich zu 2 Proz. unter pari, d. h. zu 98 Proz. aufgelegt. Die Anleihestücke, denen die Halbjahreszinsheine angefügt sind, sollen im Laufe von 36 Jahren getilgt werden. Die Verteilung unter den an der Zeichnung beteiligten Mächten wird in der bereits bekannten Weise erfolgen. Die B33, soll für ihre bankmäßige Vermittlungstätigkeit, die sie im Auftrage der einzelnen Regierungen ausübt, eine Vergütung von 1/10 Proz. erhalten. Man nimmt an, daß die B33, ihre Tätigkeit bereits am 15. Mai aufnehmen wird.

# Deutschnationale Auflösungsangst.

## Sie unterstützen das „marxistische Preußen“.

Der Preussische Landtag erlebte am Mittwoch um 2 Uhr eine heitere Szene. Die zu diesem Zeitpunkt angelegte Abstimmungsreihe sollte eröffnet werden mit der Beschlußfassung über den Antrag Labendorff (Wirtsch.) auf Auflösung des Landtags. Die Wirtschaffsparteiler hatten namentliche Abstimmung beantragt, der Präsident stellte die Unterlegungsfrage und — siehe da — es ergab sich ein höchst amüsantes Bild: zusammen mit den Mittelständlern erhoben sich nur die kleine Gruppe der Nazis und die Spalterversammlung, genannt „Deutsche Fraktion“, während die kompakte Masse der Deutschnationalen in dumpfer Entschlossenheit auf den Hofenböden verharrte. Präsident und Bessiger zählten eifrig: stehen die erforderlichen 30 Mann oder sind es nur, wie man nach dem Augenschein urteilen möchte, zwei Duzend? Da, in höchster Not, naht die Hilfe: auf der äußersten Linken erheben sich unter schallendem Gelächter des Hauses die Moskowiter, — Labendorff ist gerettet!

Aber nur im ersten Teil. Denn nun beginnt die namentliche Abstimmung, und schon schnell vom vordersten Platz der Deutschnationalen der Vizepräsident von Kries in die Höhe, demonstrativ seinen Parteifreunden die rote „Nein“-Karte als Abstimmungszeichen schwenkend. Nach dem üblichen Einsammeln und Zählen der Karten verkündet der Präsident das Resultat: noch keine 100, genau 98 Abgeordnete haben für den Auflösungsantrag gestimmt, 260 dagegen, mit der Regierungskoalition zusammen die Deutschnationalen! Von den Nationalsozialisten her geht ein „Pöbel“, es erstickt in stürmischer Heiterkeit. In den Wandergängen wird bald darauf das Wort kolportiert: die Deutschnationalen haben gegen die Auflösung gestimmt, weil sie nicht wußten, für welche Partei sie bei Neuwahlen eigentlich kandidieren würden.

Die aus Wahlangst geborene Haltung der Deutschnationalen sucht der Hugenbergsche „Lokal-Anzeiger“ seinen Lesern durch folgende Erklärung einer „führenden deutschnationalen Stelle im Landtag“ zu bemängeln:

„Die Fraktion sei der Meinung, daß Neuwahlen in Preußen im Augenblick nicht um die preussischen Belange zu führen sein würden, sondern infolge der Bedeutung der Reichspolitik nur um die Reichsangelegenheiten. Die Fraktion wolle den Kampf um die Erneuerung Preußens nicht von den Reichsangelegenheiten trennen. Den Zeitpunkt hierfür wähle sie oder selber aus und mache sich dabei nicht von anderen abhängig.“

An diesen Aussichten ist kein wahres Wort. Die Haltung der Deutschnationalen war diktiert von der Erkenntnis, daß in ihrem gerippten Zustand die Partei einen Wahlkampf nicht würde durchsetzen können. Die als Hugenbergtreu versicherte deutschnationale Landtagsfraktion hat am Mittwoch trotz Hugenbergs Devise „Blod, nicht Brel!“, eine Politik getrieben, die durchaus unter den Begriff Brel fällt, eine Politik der vollen Hofe.

## Abstimmungen im Landtag.

Die übrige Zeit des Landtags wurde durch

### Abstimmungen zum Kultusetat

in Anspruch genommen. Zur Abstimmung standen nicht weniger als 67 angefochtene Einzelartikel des Haushalts von 175 von den Parteien gestellte Anträge, ein Beweis, welches Interesse dieser Etat bei allen Fraktionen findet.

Dabei wurde der Antrag der bürgerlichen Fraktionen, von den Zuschüssen zur Staatsoper am Platz der Republik in Berlin 600000 Mark zu streichen, an den Hauptauschuß zurückverwiesen. Der Antrag wegen der Krolloper mit der Berliner Volksbühne zu verhandeln, wurde angenommen. Abgelehnt wurden die kommunistischen Anträge, sämtliche Zuschüsse für die Staatstheater zu streichen und der Antrag, Mittel für die Neubauten der pädagogischen Akademien nicht zu bewilligen. Ebenfalls abgelehnt wurde der Antrag, die Anstellungssperre gegen dissidentische Lehrer aufzuheben, und der Antrag, daß die uneheliche Mutterchaft der Lehrerin keinen Anlaß zum disziplinarischen Einschreiten geben darf. Angenommen wurde der Antrag des Zentrums,

### dem Verband für Freiendekretum die Körperrechtsrechte auf dem Wege der Gesetzgebung zu geben

und nicht durch Verordnung, wie es bereits der Landtag beschlossen hatte. Dafür stimmten die Rechtsparteien, das Zentrum und auch die Kommunisten, die sich ja schon früher gegen die Körperrechtsrechte der Freiendekretum ausgesprochen haben. Gegen den Antrag stimmten nur Sozialdemokraten und Demokraten.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, mittags 12 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Etats des Staatsministeriums.

# Boycott in Indien.

## Keine ausländischen Stoffe. — Die neue Form des Kampfes gegen England.

New Delhi, 7. Mai. (Eigenbericht.)

Der Mittwoch ist in Indien verhältnismäßig ruhig verlaufen. Die am Montag im Mittelpunkt des Spinnereibezirktes aufgestellten britischen Truppen sind zurückgezogen worden. Die Splinter haben daraufhin die Arbeit wieder aufgenommen. In Kanaghat, 70 Kilometer von Kalkutta, wurden am Mittwoch bei einem Angriff auf eine Polizeistation einige Polizisten verletzt. Später kam es nach der Verhaftung einiger Anhänger Gandhis zu einem neuen Zusammenstoß. 25 Personen wurden verhaftet. Militär durchzog Delhi.

Es besteht Grund zu der Annahme, daß in der nächsten Zukunft nicht mehr die Uebertretung der Salzgesetze, sondern der Boycott ausländischer Waren, besonders der Stoffe, Hauptsache sein wird. Nach einer Meldung aus Bombay planen die Organisationen der Kaufleute einen

### Gesamtbodycott gegen alle britischen sowie alle jene indischen Firmen, die ausländische Waren importieren.

Der ehemalige Parlamentspräsident Patel, der unlängst aus Opposition gegen die Regierung sein Amt niederlegte, hat sich an die Spitze dieser Boycottbewegung gestellt und der Bewegung dadurch einen neuen moralischen Anstoß gegeben. Am Mittwoch war Patel in Bombay Gegenstand lebhafter Huldigungen. Tausende marschierten in einer Prozession vor seinem Wagen, der im Triumph durch die Straßen gezogen wurde. Es ging ein Blumenregen auf

ihn nieder. Außerordentlich viele Frauen eilten mit Geschenken an den Wagen des ehemaligen Präsidenten. In einem Interview betonte Patel, daß jetzt der

### Boycott ausländischer Waren, besonders aber britischer Waren, der wichtigste Teil des Feldzuges von Gandhi

sei. Man meint in Bombay allgemein, daß die Regierung sich in den nächsten Tagen veranlaßt sehen wird, auch Patel verhaften und internieren zu lassen.

Die Erörterung über das Vorgehen gegen Gandhi trat am Mittwoch in einer Sitzung sämtlicher indischer Organisationen Bombays zutage; die Entscheidung fordert die Handelskammern, deren Vertreter in der gesehigten Versammlung sitzen, auf, ihre Abgeordneten aus dem Parlament und aus dem Stadtrat von Bombay zurückzuziehen.

## Beruhigende Regierungserklärung.

London, 7. Mai.

Wedgwood Benn, Staatssekretär für Indien, erklärte im Unterhaus, abgesehen von einigen Teilen der Präsidentschaft Bombay und einem einzigen Distrikt der nordwestlichen Grenzprovinz, keine Unruhen aus indischen Bezirken gemeldet. Die mohammedanische Bevölkerung halte sich von der Bewegung der Gehorsamsverweigerung fern.

## Politische Pornographie.

### Eine schmutzige Agitationslüge aus Bayern.

Herr Dr. Georg Heim, prominentes Mitglied der Bayerischen Volkspartei, hinlänglich bekannt wegen seiner Haltung nach der Revolution gegenüber der Einheit des Reiches, bemüht sich, das Preußenzentrum gegen die Sozialdemokratie aufzustacheln, im Namen der christlichen Kulturfront.

Um zu zeigen, „wie weit die Dinge in Preußen gediehen sind“, veröffentlicht Herr Dr. Heim in einem Aufsatz im „Bayerischen Kurier“ das folgende:

„In einem höheren Mädchengymnasium in Berlin erhebt sich eine Schülerin von 15 Jahren und verlangt von der Lehrerin Aufschluß darüber, wie sich der gleichgeschlechtliche Verkehr von Weib zu Weib vollziehe. Die Lehrerin hat natürlich voll Enttäuschung auf diese Frage die Antwort verweigert. Die Schülerin hat sich wegen Nichtbeantwortung dieser Frage beim Direktor der Schule beschwert. Auch dort wurde sie abgewiesen. Darauf richtet sie die Beschwerde an das preussische Kultusministerium, und was ereignet sich? Der Direktor der Schule wurde beauftragt, der Lehrerin zu eröffnen, daß sie der Schülerin diese Frage zu beantworten habe.“

Das Geschichtchen ist völlig frei erfunden, wie das preussische Kultusministerium feststellen läßt. Es ist typisch für die schmutzige und verlogene Hege, die von gewissen Kreisen in Bayern gegen Preußen und gegen Berlin betrieben wird. Sie gibt einen Geschmaack davon, wie Heim und seine Leute ihre Agitation führen. Sie ist kein politisches Argument, sondern politische Pornographie. Die Zeitung, die sie als wahr unterstellt, schändet sich selbst.

Niemand in Preußen hat diese heimliche Hinterwalderzählung ernst genommen — mit einer Ausnahme. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat sie wiedergegeben, zu

demselben Zweck, zu dem sie bestimmt war, und hat sie unbesehen als wahr unterstellt.

## Käseladen Held-Schiele.

### Preistreiberei mit Reichsmitteln.

München, 7. Mai. (Eigenbericht.)

Die praktische Auswirkung der Bayernfahrt des Reichsernährungsministers Schiele besteht in der Durchführung einer sogenannten Käseaktion. Schiele hat einigen Milchverwertungsgenossenschaften in Bayern mehrere Millionen Mark aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt, mit denen dieser Tage im oberbayerischen und im Altgauer Produktionsgebiet große Mengen von Weichkäse aufgekauft wurden, die in den norddeutschen Magazinen aufgestapelt wurden. Sie werden erst wieder auf den Markt geworfen (spätestens in einem Vierteljahr), wenn der durch die Ausverkaufaktion hervorgerufene künstliche Mangel an Weichkäse die Preise erheblich in die Höhe geschraubt hat. Begründet wird dieser echt kapitalistische Raubzug auf die Taschen der kleinen Leute mit der Behauptung, daß der Markt gegenwärtig unter einer großen Ueberproduktion an bayerischem Weichkäse leidet, wodurch die Preise so gedrückt seien, daß die Produktion völlig unrentabel geworden und die Existenz vieler Käsefabrikanten gefährdet sei.

Severing Ehrendoktor. Reichsminister a. D. Karl Severing, ist in Anerkennung seiner großen Verdienste um die Förderung der deutschen Wissenschaft und Förderung von der Technischen Hochschule in Braunschweig zum Dr. ing. e. h. ernannt worden.

In Klauen besteht noch immer der Kriegszustand. Das Regierungsblatt schreibt nun, die Autorität sei so gekürzt, daß man an Aufhebung des Kriegszustandes denken könne. Schon wird aber für diesen Fall ein Gesetz zum Schutz des Staates angekündigt.

# Direkte oder indirekte Steuern

Ein Zwiegespräch auf der Deutschen Welle.

In der Vortragsreihe „Gedanken zur Zeit“ sprachen sich auf der Deutschen Welle die Reichstagsabgeordneten Genosse Dr. Herz und Dr. Rademacher (Deutschnationale Volkspartei) über das Thema „Direkte oder indirekte Steuern“ aus.

Dr. Herz sagte einleitend, daß die Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern überholt sei. Heute sind die Steuern nach ihrer sozialen Wirkung zu beurteilen, ob sie eine Belastung des Besitzes oder der Massen darstellen. Gegenüber dem Einwand Dr. Rademachers, daß Besitz und Reichtum heute nicht mehr identisch seien, führte Dr. Herz aus, daß in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Belastung mit drei Millionen Arbeitslosen die Produktion in den letzten Jahren mit Ausnahme von 1929 immer im Ansteigen gewesen sei. Die Ausfuhr habe die Ziffer von 1913 erreicht, die Produktion habe die Ziffer des gleichen Jahres überschritten. Demgegenüber sei die steuerliche Gesamtbelastung in den Hauptkonkurrenzländern, so in England, nicht niedriger als bei uns. Dabei aber habe England ein größeres steuerfreies Mindesteinkommen und keine Umsatzsteuer. Die Löhne seien in England höher als bei uns. Man müsse zu dem Schluss kommen, daß, wie es auch die Zahlen erweisen, die direkten Steuern dort höher sind als in Deutschland.

Dr. Rademacher betonte die Notwendigkeit, die Lohnsteuer nicht wegzulassen zu lassen, wie es Hitlerding erstrebt hätte, worauf Dr. Herz erwiderte, daß die verantwortungsbewußten Kreise im deutschen Volk, die den neuen Staat erhalten und stärken wollen, sich um die Lasten nicht gedrückt hätten und die Klagen um die Lohnsteuer gering gewesen wären trotz aller Härten, die 1925 zum Beschluß der nachträglichen Erstattung geführt hätten. Der Standpunkt der Kreise um Dr. Rademacher erinnere aber an die Aeußerung des früheren konservativen Führers von Herdebrand, daß über das Portemonnaie des Besitzenden nicht durch das Parlament des allgemeinen Wahlrechts entschieden werden dürfe. Kapitalbildung sei notwendig, doch es sei eine Illusion, daß durch starke Lohnsteuern die Kapitalbildung gefördert werde. Bei jeder Kapitalbildung sei das wichtigste die Verwendung. Wenn Dr. Rademacher sage, daß zwei Geld für Wohlfahrts- und Wohlfahrtsverantwortlich ausgegeben werde, so erwidere er, daß dieses Geld zur Erhaltung des arbeitenden Menschen, der die Grundlage der Wirtschaft bilde, nutzbringend angelegt sei. Die Steuerbelastung sei kein Hindernis gewesen, daß 1924 bis 1928 sich in immer steigendem Maße aus eigener Kraft in Deutschland Kapital gebildet habe. Das Wort: Wir leben von der Substanz! sei irrig. Ein W. H. H. zwischen den Mitteln, die heute und im alten Staat für unproduktive Zwecke ausgegeben wurden, beweise, daß in den öffentlichen Vertretungen keineswegs unverantwortlich gehandelt werde. Die Behauptung Rademachers, daß die Steuerbelastung des Besitzes Kapitalabwanderung und Steuerflucht bedinge, sei durch den tatsächlichen Befund der deutschen Wirtschaft widerlegt.

## Macht Reinhardt Opernfilme?

Wag Reinhardt kauft die Terra-Film-A.G. / Staatstheater im Aufsichtsrat.

Das Käsekratzen, an dem die I. G. Farben ihre Terra-Film-Aktien verkaufen wird, ist beendet. Das Ergebnis ist eine Uebertragung. Käufer der Aktien ist Prof. Max Reinhardt, der erfolgreiche Theaterdirektor, und ein Herr Curtis Reinth, der frühere Direktor der Künstlervereinigung United Artists. Im Aufsichtsrat der Terra-Film-A.G. werden neben Reinhardt und Reinth auch Raimund von Hofmannsthal, der Sohn des verstorbenen Dichters, und Generalintendant Lietjen von den preussischen Staatstheatern vertreten sein. Die weltberühmte Kaufbahn der Terra-Film-A.G., neben der Ufa und der Emelka der größte deutsche Filmproduzent, ist damit um ein interessantes Glied reicher geworden. 1926 ging die Terra-Film an das Haus Ullstein über, dann trat die I. G. Farben in die Terra-Film ein, um sie später ganz von Ullstein zu übernehmen. Für das Ende Juni 1929 schließendes Geschäftsjahr wird wohl ein erheblicher Verlust zu erwarten sein; das und die Tatsache, daß I. G. Farben ihre Studien für die Rohfilmfabrikation bei der Terra-Film-A.G. nun wohl beendet haben werden, dürfte der Anlaß für den Verkauf der Terra-Aktien durch die I. G. Farben gewesen sein. Die neuen Erwerber haben sich übrigens verpflichtet, ihren Rohfilmbedarf weiterhin bei der I. G. Farben, und zwar auch für den Auslandsabfah zu decken. Die Vorführungsapparate sollen von der Ufa geliefert werden. Beide Bindungen sollen den deutschen Charakter der künftigen Terra-Film-A.G. unterstreichen.

Was Professor Reinhardt mit der Terra-Film-A.G. will, ist noch nicht ganz heraus. Die Vermutung wird aber richtig sein, daß er Theaterfilme und Opernfilme unter seiner Regie entstehen und ausführen lassen will. Die starke Initiative Max Reinhardts zeigt sich hier in einem neuen Licht. Da diese Initiative auch die Interessen der großen Spieltheater, nicht zuletzt auch hinsichtlich der Sicherung erster Kräfte, berührt, ist es zu begrüßen, daß von vornherein eine gewisse Verbindung zwischen den preussischen Staatstheatern und Reinhardts Terra-Absichten durch den Generalintendanten Lietjen im Aufsichtsrat der Terra-Film-A.G. hergestellt ist. Preußen ist an dem Aktienkauf nicht beteiligt; das preussische Kultusministerium hat aber der Aufsichtsratsmitglieder des Generalintendanten Lietjen auf Ansuchen Reinhardts sofort seine Zustimmung gegeben. Man wird ein bißchen aufpassen müssen, inwiefern das billig erworbene Einspruchsrecht Preußens hier nicht der Vorläufer von Krediten oder gar Subventionen werden mag.

## Die Reichsvertretung in München.

Eine Erinnerung an bayerische Spionagemethoden.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat beschlossen, den Statuten „Reichsvertretung in München“ als „künftig wegfallend“ zu bezeichnen.

Wenn die Vertretung des Reiches in München wirklich „künftig wegfallen“ sollte, so würde damit eine höchst überflüssige und kostspielige Institution verschwinden und gleichzeitig auch ein unwürdiger Zustand ein Ende bereitet werden. Es ist bekannt, daß die Münchener Reichsvertretung im November 1923 die Reichsregierung nicht rechtzeitig über den Hitler-Putsch unterrichtet hat. Dagegen ist bis heute noch nicht aufgeklärt worden, in welcher unwürdigen Weise der Vertreter des Reiches in München von den damaligen Machthabern in Bayern inhaftiert und hintergangen und von allem ferngehalten wurde, was in unmittelbarem Zusammenhang mit den Vorgängen steht, die schließlich zum Hitler-Putsch führten. Aus amtlichen Dokumenten jener Jahre geht einwandfrei hervor, daß alle Briefe von und an die Reichsvertretung in München von der Post der politi-

# Regierungswechsel in Sachsen.



Wie aus einem Rechtskabinett . . .



. . . ein unpolitisches Beamtenkabinett wird.

# Keine Ruhe in Oesterreich.

Reaktionäre Provokationen. — Kampf um die Alters- und Invalidenversicherung.

Am vergangenen Sonntag haben sich in der niederösterreichischen Industriestadt St. Pölten, eine Schnellzugstunde westlich von Wien, Ereignisse abgepielt, die scharf gezeigt haben, wie weit das Land von der „Konsolidierung“ entfernt ist, die seine Regierung so häufig verkündet. Da die Heimwehrschützen in ihrem steten Provokationsdrang sich gerade diese Stadt mit ihrer Arbeitermehrheit und sozialdemokratischen Verwaltung zu einem Aufmarsch ausgesucht hatten, mußte die Arbeiterwehr des Republikanischen Schutzbundes auf den Plan treten;

die werktätigen Massen können einfach nicht zulassen, daß der Anseh'n erweckt werde, die Republik sei in der Hand der Faschisten.

Je weiter die proletarische Revolution einschweift, die vor 11½ Jahren die Republik aufgerichtet hat, desto mehr erstarkt der Angriff des vereinigten Bürgertums auf die sozialen Errungenschaften; zuletzt noch war die Durchsetzung des „Antiterroregesetzes“ ein Beweis dafür und fanden hat die Regierung den wirtschaftlichen Körperschaften und Verbänden erhebliche Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung zur Begutachtung zugesandt.

Obwohl ein genaues Programm für die St. Pölten-Berantastungen mit dem christlichsozialen Landeshauptmann Dr. Buresch vereinbart worden war, um Zusammenstöße auszuschließen, obwohl ihn nicht zuwidergehandelt wurde und obwohl auch ein Abschied der Schutzbündler von ihren St. Pölten-Genossen auf dem Rathausplatz vorgegeben war, folgte Buresch dem Befehl der Faschisten, sich dieses Treffens durch einen Bajonetangriff der Gendarmen auf die Arbeiter zu verhindern, Militär aus Wien und anderen Garnisonen auf Lastautos herbeizuholen, „spanische Reiter“ und schußfertige Maschinengewehre aufstellen — alles, damit die 15000 Schutzbündler, die statt der angekündigten 7000 gekommen waren, nicht durch das Stadttor zum Bahnhof ziehen. Einwohner, die dem Schutzbund zugewinkt haben, wurden mit Karabinern bedroht usw.

Dabei war der Heimwehraufmarsch ein wahres Fiasko und es lag eine gewisse Symbolik darin, daß die Lastautos der Hahnenschwänger die Firma einer — Reichsbestattung trugen. Auf der

Heimfahrt konnten dann die Faschisten unter dem Schutz von Wiener Staatspolizei wieder frech werden, z. B. sich zur Durchsuchung eines Hauses anschicken, aus dem das — Kinderfreundelied erklingen soll. Auch stehen sie in Mödling einen Arbeiter verhaften, mit dem einer der Hahnenschwänger mal einen Zusammenstoß gehabt haben wollte. In der Wiener Stadtgrenze notierte man die Nummern der 94 Lastautos, auf denen Schutzbündler heimkehrten, man lenkte sie vor der Ringstraße ab, konnte freilich ihre jubelnde Begrüßung dem Volk nicht verwehren.

Unter dem Schutz der Waffen hatten sich ein paar Gelbe erlaubt, die Massen zu verhöhn; kein Wunder, daß man es ihnen später heimzahlte. Das hat nun der Landeshauptmann zum Anlaß genommen.

dem Bürgermeister, unserem Genossen Schoofel, auf Grund der Verfassungsreform die Polizeigewalt zu entziehen.

St. Pölten hat vor kurzem die Verfassung der Polizei abgelehnt, man wird sie einfach diktatorisch verändere.

Während man die Renten erhöht, die Verfassung „reformiert“, das Antiterroregesetz durchgedrückt hat und die Arbeitslosenversicherung abzubauen vorbereitet, tritt die Arbeiterkass in neuen Kampf um eine Einigung, die in anderen Ländern, besonders im Deutschen Reich längst besteht: die Alters- und Invalidenversicherung, die Witwen- und Waisenversorgung. Das betreffende Gesetz ist längst beschlossen, sein Geltungsbeginn aber von der Steuerentlastung abhängig gemacht, die der Wirtschaft die Tragung der neuen Last ermöglichen soll. Die Steuerentlastung wieder hängt von der Erlangung der Anleihe ab und Schober hat bei seiner Heimkehr wieder versichert, daß die Anleihe so gut wie sicher sei. Darum fordert die Arbeiterkass die

Inkraftsetzung der Versicherung sofort nach Sicherung der Anleihe.

zumal die Vorbereitungen für die Arbeit der Versicherung ein halbes Jahr brauchen. Sollte diese Forderung nicht erfüllt werden, so will unsere Bruderpartei mit den freien Gewerkschaften ein Volksbegehren einleiten, was durch die Verfassungsänderung ermöglicht ist.

sehen Polizei (Abteilung V. B.) der Herren Pöhner und Fric ausgehändigt wurden, allerdings auch alle Briefe an fremde Behörden, Gesandte und Konsuln, die damals in München ihren Sitz hatten. Ein gewisser Kriminalkommissar Werner rühmt sich heute noch, auf die geschickte Weise viel Interessantes erfahren zu haben, was Bayern sehr von Nutzen gewesen sei. Darunter fällt auch eine Korrespondenz des preussischen Staatssekretärs Weismann.

Die der Polizei von der Post ausgehändigten Briefe wurden im Münchener Polizeipräsidium mit Dampfapparaten geöffnet. Man nahm von ihrem Inhalt Kenntnis, verschloß sie dann kunstgerecht und stellte sie schließlich der Post wieder zur Verfügung. Auf diese Weise fiel den Urhebern des Hochverrats von 1923 viel wichtiges Material in die Hände, ohne daß es in den Archiven der Polizei bzw. der Funktionäre der Reichsregierung verblieben wäre. Auch die Putschisten, wie Hauptmann Röhm, gelangten in seinen Besitz. Röhm scheute sich nicht einmal, solche Briefe, die etwa von München aus an den Oberreichsanwalt gerichtet waren, in seinem vor einigen Jahren erschienenen Erinnerungsbuch über den Hitler-Putsch abzuzeichnen.

## Bauern als Bergwerksklaven.

„Kulaken“ im Ural und im hohen Norden.

Wie der „Ostpreß“ meldet, liegen aus den Turinli-Bergwerken im Uralbezirk Tagliß briefliche Nachrichten darüber vor, daß ein Teil der aus der Sowjetunion als „Kulaken“ angeworbenen deutschen Bauern dort zur Bergwerksarbeit verwendet wird. Ein anderer größerer Teil dieser Bauern muß schon seit einiger Zeit in den nördlich von Wologda gelegenen Wäldern Holzhauerarbeit verrichten, so beispielsweise beim Dorf Tschurlowo und bei der Station Ronojka an der Rost-Gifensbahn.

## „Soziale Kunstpflege.“

Lösung des Vertrags zwischen Volksbühne und Krolloper.

Der Preussische Landtag nahm am Mittwoch gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten einen gemeinsamen Antrag der bürgerlichen Parteien an, der das Staatsministerium beauftragt, alsbald mit der Stadt Berlin in Verhandlungen zwecks Uebernahme der sozialen Kunstpflege der Krolloper auf die Berliner Städtische Oper einzutreten. Es soll weiter versucht werden, den Vertrag zwischen der Krolloper und der Volksbühne zu lösen.

Wie wir dazu aus zuverlässiger Quelle mitteilen können, denkt die Volksbühne nicht daran, auf ihre vertraglich festgelegten Rechte bezüglich der Krolloper zu verzichten. Solange dieser Verzicht aber nicht erfolgt ist, ist die Stadtverwaltung außerstande, mit der Regierung in Verhandlungen wegen „Uebernahme der sozialen Kunstpflege“ durch die Städtische Oper einzutreten. Diese Tatsachen waren den bürgerlichen Parteien des Landtags bekannt, als sie ihren Beschluß faßten.

## Eine Karl-Marx-Büste.

Der „Salon“, die Kunstausstellung, die die Bonier Societe nationale des Beaux arts, wie alljährlich am 1. Mai eröffnet hat, zeigt eine interessante Porträtbüste von Karl Marx. Interessant als Kunstwerk, das den großen Vorkämpfer und theoretischen Wegbahner des Sozialismus mit überzeugender Herzenerwärme gestaltet. Interessant aber auch durch ihren Schöpfer, der kein anderer ist als Carl Langueit, Urenkel von Karl Marx, ein junger Plastiker von großer Begabung. Die Büste wird wahrscheinlich in Frankreich bleiben. Es wäre aber zu wünschen, daß Abgüsse des Werkes auch nach Deutschland gelangten und hier Aufstellung fänden.

# Menschenexport nach Frankreich.

## Hundertprozentiger Nationalsozialist rühmt sich dessen.

Wir haben auf Grund einer Veröffentlichung der „Berliner Arbeiterzeitung“, dem Berliner Wochenblätchen der Nationalsozialisten, von dem höchst sonderbaren Menschenexport berichtet, den ein gewisser Werner Münch durch Inzerate im „Stahlhelm“ betreibt. Das nationalsozialistische Organ war darüber höchst entzückt und forderte von der Stahlhelmszeitung, sich wegen dieses Menschenexports zu rechtfertigen. Darauf schreibt ihr nunmehr besagter Münch folgenden Brief:

Durch einen Berliner Bekannten erhielt ich die Mitteilung, daß Sie mich in einer ganz ungläublichen Art und Weise verunglimpft haben, indem Sie in provokierender Weise einen Artikel über „Stahlhelmsport nach Frankreich“ losließen, den natürlich der „Vorwärts“ und das „Sächsische Volksblatt“ ebenso veröffentlichten. Ich möchte von vornherein bemerken,

daß ich einer der ersten Nationalsozialisten war, die bereits beim Hitler-Putsch mit dabei waren. Auch heute noch bin ich hundertprozentiger Nationalsozialist.

wenn ich auch im „Stahlhelm“ bin, und ich bin nicht der einzige davon, der darin ist. Holen Sie bitte darüber bei der Geschäftsstelle der NSDAP in Zwickau Auskunft.

Schon lange wäre ich wieder bei der SA. (Sicherheitsabteilung, der Stosstrup der Nationalsozialisten), wenn es nicht die Anfeindungen gäbe und dergleichen mehr. Wer weiß, ob nicht einmal 10 Proz. bei Ihnen in der Redaktion sitzen, die heute große Töne schwingen und feinerseit, wo die schwerste Zeit 1923 für die Nazis war, daran überhaupt nicht denken und bei Muttern stehen. Heute ist es keine Kunst mehr, auf dem großen Pferd zu sitzen.

Ich entschuldige dies jedoch, da Sie nicht wußten, mit wem Sie es zu tun hatten. Sie können ruhig davon überzeugt sein, daß mindestens 50 Proz. der Stahlhelmer Nationalsozialisten sind.

Wenn die Führung Fehler begeht, so können Sie den ganzen Bund nicht gleich mit Rot beschreiben, wie Sie es belieben. Offen gesagt, wenn ich auch Nazi bin, so widert mich diese böse Hehe zwischen Nazi und Stahlhelm an. Wenn das in sachlicher Form geschehen würde, dann wäre es immerhin angebracht. Sie tun ja gerade, als wenn der Stahlhelm die größte Kommunistenbande ist, die es gibt. Mit diesen Heppereien erreichen Sie aber gerade das Gegenteil und viele Nazis sind keinesfalls damit einverstanden. Also bitte, meine Herren, in Zukunft etwas mehr Sachlichkeit.

Auf die Sache selbst zurückkommend, wollen Sie bitte eine Verächtung einleihen, die in jeder Beziehung mich rehabilitiert, denn nur ich bin dafür allein verantwortlich. Der Stahlhelm hat mit der

Sache nichts zu tun. Durch Ihre Schreibereien wird mir eventuell meine Stellung gefährdet und wollen Sie daher nichts unversucht lassen, um die Sache ins Reine zu bringen und nicht wieder ein müßiges Geschimpfe loszulassen. Wenn der dämliche Arbeiter, der Ihnen den Artikel aufgab, nicht kapiert, daß nur ich als Verantwortlicher zeichne und nicht die Firma Harozim u. Co., so kann ich nicht dafür. Gegen Dummheit kämpfen selbst Götter vergebens. Sie wissen doch selbst,

daß es strafbar ist, wenn die Sache öffentlich getrieben wird,

weshalb ich unbedingt den Ausdruck „Nur für S.A.-Kameraden“ bringen mußte. Solche kommen auch mir in Frage, denn ich frage jeweils bei den jeweiligen Geschäftsstellen an, ob der betr. dem Sta. angehört.

Die Arbeiter verdienen jedenfalls drüben sehr gut und stehen sich besser als hier.

Ich bin mir immer noch selbst der Nächste

und ich wollte doch einmal sehen, wenn Sie, meine Herren, verheiratet mit Kindern über ein Jahr arbeitslos wären, ob Sie da nicht eine derartige Gelegenheit wahrnehmen würden? Doch ganz bestimmt! Dabei brauchen Sie keinesfalls Ihre Besinnung preisgeben. Daß ich selbstverständlich zuerst einmal Kameraden und keinen x-beliebigen Stellen nachweise, wenn ich das erfahre, liegt wohl auf der Hand. Der mir bekannte Ingenieur ist, nebenbei bemerkt, kein Stahlhelmer und weiß nicht, daß die Leute, die dort hinkommen, Stahlhelmer sind. Ich will Ihnen aber verraten, daß er

Nationalsozialist ist und sein Sohn bei der SA. ist.

Wenn Sie mir die Zusicherung geben, daß Sie die Sache nicht veröffentlichen, dann gebe ich Ihnen auch den Namen bekannt. Am besten ist es, wenn Sie mir durch die NSDAP-Geschäftsstelle Mitteilung zukommen lassen, bei denen Sie — wie bemerkt — auch über mich Auskunft einholen können.

Das Schreiben bedarf kaum eines Kommentars. Der Stahlhelmer und hundertprozentige Nationalsozialist rühmt sich, daß er und der nationalsozialistische Ingenieur Arbeiter nach Frankreich exportieren. Herr Werner Münch verdient dabei sehr gut. Jeder ist sich selbst der Nächste,“ sagt er ähnlich. Da er dabei verdient, warum soll dieser Hitler-Mann nicht Menschenexport nach Frankreich betreiben? Diese „Besinnung“ ist zwar weder national noch sozialistisch, sie ist aber echt „nationalsozialistisch“.

## Konflikt in Mitteldeutschland.

### Um die Arbeitszeit in der Metallindustrie.

Halle, 7. Mai. (Eigenbericht.)

Die Schlichtungsverhandlungen wegen der Arbeitszeit in den Tarifgebieten der mitteldeutschen Metallindustrie, die am Dienstag bis spät abends gepflogen wurden, brachten, wie zu erwarten war, keine Einigung der Parteien.

Die Gewerkschaften unter Führung des Deutschen Metallarbeiterverbandes fordern die 48-Stunden-Woche. Die tägliche Arbeitszeit soll an den Tagen von Montag bis Freitag acht, am Sonnabend sechs Stunden betragen. Wenn eine Betriebsleitung aus besonderen Umständen Ueberstunden leisten lassen will, soll sie die Zustimmung des Betriebsrats einholen.

Die Unternehmer beantragten beim Schlichtungsausschuss, daß die Mehrarbeit „im Benehmen“ mit dem Betriebsrat über die grundsätzliche 48-Stunden-Woche auf 53 Stunden verlängert werden kann. Der Ueberstundenzuschlag soll nach dem Willen der Arbeitgeber nicht mehr 20, sondern nur noch zehn Prozent betragen.

In bestimmten Fällen, z. B. Ausgleich von Ferialschichten usw., wollen die Unternehmer überhaupt keinen Zuschlag mehr zahlen.

Die Unternehmer kündigen Lohnabbauanträge an, wenn ihren Wünschen nicht Rechnung getragen würde. Die Entscheidung liegt nunmehr in den Händen der Spruchkammerung, die der Vorstand des Schlichtungsausschusses auf Montag, den 12. Mai, einberufen hat.

## Eine kommunistische Aktion.

### Und ihr kläglicher Ausgang.

Wie schnell kommunistische Komödianten und Maulhelden vor den Schwierigkeiten praktischer Gewerkschaftsarbeit kapitulieren, hat die „Vereinigung der Reichs- und Staatsangestellten und -arbeiter“ überzeugend gezeigt. Die Vereinigung war vor einem halben Jahr im Bereich des preussischen Justizministeriums von einer kleinen Gruppe Unzufriedener, denen das Beitragszahlen schon längst ein Greuel war, gegründet worden. Sie berief einige Versammlungen ein und versprach der Kollegenchaft, unverzüglich eine Lohn- und Gehaltsbewegung einzuleiten, die mit Erfolg durchgeführt werde. Die Vereinigung, so hieß es in ihrem von der kommunistischen Gewerkschaftszentrale zusammengeschickten Organ „Einheit“, sei kein Gewerkschaftsersatz, sondern eine Kampfgemeinschaft aller Staatsangestellten und -arbeiter ohne Rücksicht darauf, ob organisiert oder nicht. „Morgen früh“, kommandierte der Aufruf der Vereinigung, „hält jeder 10 Pf. bereit, um unser neues Organ, die „Einheit“, zu erwerben. Alles Nähere ist darin enthalten. Jeder muß es gelassen haben.“

Nun sind seit jenem „morgen früh“ bereits Monate ins Land gezogen und noch immer merkt man nichts von der Wirksamkeit dieser Vereinigung der Unorganisierten. Ihr einziger positiver „Erfolg“ besteht in der Durchbrechung der Front der freien Gewerkschaften bei den Hauptbetriebsratswahlen im Bereich des preussischen Justizministeriums. Wie überall, so war auch hier der Effekt der kommunistischen Gewerkschaftsaktion

eine Schädigung der Arbeitnehmer. Schade um jeden Groschen, den die in den Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten den kommunistischen politischen Hochkapitern gegeben haben. Während diese mit großen Worten um sich warfen, haben die Gewerkschaften gearbeitet. Schon jetzt steht fest, daß der Reichs- und der preussische Montartarifvertrag nach ihrem neuen Abschluß gegenüber dem bisherigen Zustand soziale Verbesserungen aufweisen werden.

## Vor dem Metallarbeiter-Verbandstag.

### „Revolutionäre“ Anträge.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter besaßte sich am Montag mit den Anträgen, die dem 19. ordentlichen Verbandstag — der im August in Berlin abgehalten wird — unterbreitet werden sollen. Von den 33 in einer gedruckten Vorlage zusammengestellten Anträgen waren bereits fünf in der letzten ordentlichen Generalversammlung erledigt worden. Acht Anträge ausschließlich „revolutionären“ Inhalts standen gleichfalls nicht zur Diskussion, weil sie von den Antragstellern dem Hauptvorstand bereits direkt übermittelt worden sind.

Während die Kommunisten sich damit begnügten, ihre Parteiparolen als Anträge vorzubringen, haben die „Sozialfaschisten“ es sich angelegen sein lassen, für den Verbandstag praktische Vorschläge ausgearbeitet.

So sind von der Vorsitzenden der Arbeiterinnenkommission Genossin Gladisch gut durchdachte Forderungen zum Ausbau der Arbeiterinnehenschutzbestimmungen erhoben worden, die besonders auf den straff rationalisierten Betrieb, die Nachtarbeit und den stehenden Arbeitsprozeß zugeschnitten sind.

Der Jugendsekretär Genosse Hellwig unterbreitete der Generalversammlung mehrere Anträge, die auf eine wirklich verantwortungsbewusste Lehrlingsausbildung, die Wahrnehmung der Rechte der Lehrlinge vor dem Arbeitsgericht, die Beseitigung jeder lehrlingsvertraglichen Einschränkung der Koalitionsfreiheit usw. hingingen.

Ebenso wie die vorkiehend flüchtigen Anträge wurde u. a. auch ein Antrag angenommen, der vom Verbandstag die Zustimmung zur Erleichterung eines Ferienhelmes durch den Hauptvorstand verlangte.

Genosse Ulrich gab zum Schluß der arbeitsreichen Generalversammlung bekannt, daß nunmehr alle angenommenen Anträge als Anträge der Disziplinierung gelten und von den Delegierten, gleichviel welcher politischen Richtung sie seien, auf dem Verbandstag mit allem Nachdruck vertreten werden müssen.

Die Aufstellung der Kandidaten für die Wahl der Delegierten zum Verbandstag findet in der nächsten außerordentlichen Generalversammlung am 2. Juni statt.

## Die Bauarbeiter sackeln nicht.

### Kurzer Prozeß mit Spaltern, Vertrauen zur Leitung.

Die zu gestern abend nach Kierms Festtagen einberufene Generalversammlung der Bauergewerkschaft Berlin des Bauergewerksbundes beschäftigte sich zunächst eingehend mit einem Ausschlußantrag gegen den Fachgruppenleiter der Glaser, Karl Schulz, wegen Fraktionsarbeit und organisationschädigenden Verhaltens. Schulz hatte, ohne die gesamte Fachgruppenleitung und den Vorstand der Bauergewerkschaft in Kenntnis

zu setzen, dem Agitationsredner der kommunistischen Gewerkschaftsopposition, Friedrich, für eine Fachgruppenversammlung der Glaser ein Referat übertragen. Friedrich war zur Zeit seines Referats bei den Gläsern Mitglied des Bauergewerksbundes. Dem Vorstand der Organisation war jedoch nicht bekannt, daß es sich bei dem Mitglied Friedrich um den Agitator der kommunistischen „Gewerkschaftsopposition“ handelte. Dieses Verhalten des Fachgruppenleiters der Glaser war aber nicht der Hauptgrund für den Ausschlußantrag. Schulz hatte ferner als Gast an einer Obsteutenkonferenz der Bauergewerkschaft Berlin teilgenommen und war von dieser Versammlung in eine Versammlung der unter Repressur stehenden „Bauarbeiteropposition“ gegangen, um dort gegen die eigene Organisation vom Leber zu ziehen und über die Beschlüsse der Obsteuten des Bauergewerksbundes brühwarm Bericht zu erstatten.

Schulz versuchte sein organisationschädigendes Verhalten der Generalversammlung als völlig harmlos darzustellen. Die von 270 Delegierten besuchte Generalversammlung konnte für dieses „harmlose“ Verhalten eines Fachgruppenleiters kein Verständnis aufbringen und beschloß gegen etwa 15 Stimmen seinen Ausschluß.

Die Generalversammlung nahm dann zu den Vorschlägen der Bezirke hinsichtlich der Neuwahl des Vorstandes der Bauergewerkschaft Berlin Stellung. Von 56 Bezirken hatten nur die drei Bezirke Lichterfelde, Süden und Hertzogsdorf „oppositionelle“ Vorschläge zur Neubewählung der Vorstandsämter gemacht. Alle übrigen Bezirke brachten den bisherigen Vorstand in Vorschlag. Einzelne Bezirke hatten beantragt, dem Vorstand das volle Vertrauen auszusprechen. Diese Vertrauensanträge machte sich die Generalversammlung gegen ganze 13 Stimmen zu eigen, so daß der alte Vorstand der Bauergewerkschaft Berlin mit erdrückender Mehrheit wiedergewählt worden ist. Er setzt sich zusammen aus den Genossen Drügemüller als 1. Vorsitzenden, Bruno Krause als 2. Vorsitzenden, Wartenberg als 1. Kassierer, Berger als 2. Kassierer und Schuhmacher als Schriftführer.

## Der Konflikt bei der Mansfeld AG.

### Anruf des Schlichters.

Esleben, 7. Mai. (Eigenbericht.)

Von der Mansfeld A.G. ist, nachdem alle Verhandlungen über Lohnkürzungen zur Beilegung der Streikung keine gütliche Einigung herbeigeführt haben, nunmehr der zuständige Schlichter angerufen worden. Er wird wahrscheinlich bereits für Samstag die Parteien laden.

## Organisationsarbeit des IOB.

### Beschlüsse der Vierländerkommission.

Luzemburg, 7. Mai. (Eigenbericht.)

Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund eingesetzte Vierländerkommission, die eine straffere Organisation der Arbeiter im Industriegebiet Saar-Lothringen-Luzemburg in die Wege leiten soll, nahm auf ihrer jüngsten Sitzung von der Ernennung zweier Propagandasekretäre durch den französischen Gewerkschaftsbund Kenntnis und beschloß, ihren Arbeitsauftrag zu einer Tagung am 9. Mai nach Reij einzuberufen. Dort werden Richtlinien für die beiden Sekretäre aufgestellt. Die Vierländerkommission selbst tritt am 8. August in Longwy wieder zusammen.

## Internationale Eisenbahnerkonferenz.

Madrid, 7. Mai. (Eigenbericht.)

Auf der Eisenbahnerkonferenz der Transportarbeiterinternationalen wurde auch der Personalabbau bei den Eisenbahnern infolge von Rationalisierungsmaßnahmen eingehend besprochen. Die Konferenz nahm einen von den Engländern eingebrachten Antrag an, der Einschränkung der Entlassungen und die Gewährung ausreichender Entschädigung bei Ründigungen fordert. Da die Unfallsstatistik in den verschiedenen Ländern nach sehr unterschiedlichen Gesichtspunkten aufgebaut ist, beschloß die Konferenz, den Vorschlagsausschuss des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes um eine größere Einheitlichkeit in der Unfallsstatistik zu ersuchen.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Donnerstag, 11. Mai, Beschäftigung des Klubs des Tempelhof. Treffen um 10½ Uhr vor dem Hauptingang. Teilnehmerlisten sind noch in den Bezirksjugendgruppen zu haben. — Heute, Donnerstag, 10½ Uhr, folgen folgende Gruppen: **Altenheim:** Jugendheim Grünauer Str. 3, Hofmann bringt unfähige Bücher zur Laute. — **Schönhauser:** Jugendheim Silbersteinstraße, Berliner Str. 11, Heimbesprechung, Buchkontrolle, Unsere Dichterei. — **Grünhauser:** Jugendheim Potsdamer Str. 2, Betriebsprüfung, Betriebsbuchkontrolle, Wobin wollen wir Wagnern? (Märchenbuch). — **Südost:** Gruppenheim Reichensberger Str. 66 (Hauptklubhaus), Betriebsprüfung, Betriebsbuchkontrolle, Wir singen Kampflieder. — **Tempelhof:** Gruppenheim Kasum Germanstraße 4-6, Betriebsprüfung. — **Macht:** Jugendheim Lehmer Str. 15-19, Betriebsprüfung, Poetik. — **Südwest:** Jugendheim, Coblenzstr. 17-19, Vortrag: „Die Frau in der Welt“. — **Jugendgruppe des Verbandes der Lehrlingsmittel- und Getriebearbeiter:** Im Sitzungssaal der Disziplinierung, Neue Schönhauser Str. 4-3, Betriebsprüfung. — **Östlich:** Im 18½ Uhr Beschäftigung der Ausstellungen der Gesamtwerke — Haus Volapük — unter Leitung des Genossen Friedrich Wendel, im Haus des Berlin-Aktivist, Berlin, Bellevuestr. 9.

## Inoendaruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Donnerstag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Vanlow-Wiederkehrhaus:** Jugendheim Gieselerstr. 14 (großes Zimmer). Vortrag: „Es fliegt im Sturm ein altes Lied“. Referent: Friedel Bell. — **Expositio:** Jugendheim der Schule Wilhelmstraße 53 (Aussang von der Glockstraße in Richtung). Vortrag: „Handel und Industrie in Ausland“. Referent: Friedrich Bell. — **Schönhauser:** Jugendheim Hauptstr. 15 (Hofschule, Thüringensaal). Vortrag: „Aufmärsche des Trauen und Handeln sind und sein“. Referent: Wilhelm Orfow. — **Ab 19½ Uhr:** Volkstanzkursus im Volkshaus, Nützenberg, Reins-Albert-Str. 44.

Verantwortlich: Hr. Vorsitz: Dr. Curt Geyer; Schriftf.: G. Altmann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kassieren: R. G. Böcher; Sekretäre und Entlastete: Fritz Kersch; Anzeigen: H. Glade; (Einschl. in Berlin). Bezirk: Fortschritt-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Stern 2 Beilagen und „Stimmenstimme“.

**Sammeln Sie Fahrscheine!**

Seit dem 1. Mai nimmt die Margarinefabrik ALBO je einen nur einmal benutzten Autobus-, Straßenbahn-, U-Bahn-Fahrschein mit 15 Pfg. auf je 1 Pfd. ALBO-Fahrschein-Margarine in Zahlung. Sie erhalten also eine völlig trustfreie, qualitativ beste Margarine mit einem sofort verrechneten Barabbat! Jedes Lebensmittelgeschäft führt ALBO-Margarine!

**Einzelfahrt dadurch nur 10 Pfennige!**

# Schwere Folgen des Gewitters.

## Uberschwemmungen in Berlin. — Blitzeinschläge und Verkehrsstörungen.

Gestern nachmittag kam über Groß-Berlin ein außerordentlich schweres Gewitter zur Entladung, das mehrere Stunden andauerte und von heftigen Wolkenbrüchen begleitet war, so daß in fast allen Stadtteilen durch Uberschwemmungen größere Störungen eintraten. Die Uberschwemmungen waren stellenweise so stark, daß der Straßenverkehr lahmgelegt wurde. An mehreren Stellen schlug der Blitz ein und zündete. Die Berliner Feuerwehr wurde annähernd dreihundertmal alarmiert, um Wassergefahr zu beseitigen. Die Hilfskräfte liefen von 16.30 Uhr ab in so schneller Folge ein, daß sämtliche Zugwagen in erhöhtem Alarmzustand verfehlt werden mußten. Bis in die Nachstunden hinein waren Motor- und Dampfpumpen allerorts mit Abfugarbeiten beschäftigt.

Gewitter mit so heftigen Begleiterscheinungen wie am gestrigen Nachmittag sind bei uns nicht allzu häufig. Es handelte sich um ein sogenanntes „Frontengewitter“, das sich an der Vorderseite von Westen her vordringender kühler Luftmassen bildete. Gegen 16 Uhr nahm der Himmel eine unheilverkündende, schwefelgelbe Färbung an. Dem Donnerrollen folgten gemaltige Regennengen, die minutenlang wolkenbruchartigen Charakter trugen. Die Gullys vermochten die ungeheuren Wassermengen nicht mehr aufzunehmen und so bildeten sich in den tiefergelegenen Straßen und besonders an Bahnunterführungen Staupseen. Die stellenweise eine Wassertiefe von 1 1/2 bis 2 Meter erreichten. Die Straßen in der City waren wie ausgestorben. Messungen, die vom Amlichen Wetterdienst vorgenommen wurden, haben ergeben, daß gestern in der Zeit von 16 bis 19 Uhr 18 1/2 Millimeter Regen gefallen ist. Eine ungeheure Menge, wenn man bedenkt, daß diese Zahl den Niederschlagsdurchschnitt eines normalen halben Monats bedeutet. Hinzu kommt, daß nach den Feststellungen des Wetterdienstes die größten Mengen im Zeitraum von knapp einer halben Stunde niedergegangen sind. Am stärksten waren die Niederschläge — Regen und Hagel — in den nördlichen, süd- und südwestlichen Bezirken. Nach dem Gewitter trat merkliche Abkühlung ein. Das Thermometer, das mittags eine Höchsttemperatur von 21 Grad Wärme angezeigt hatte, fiel auf 13 Grad.

### 300 Feuerwehralarme.

Das Unwetter hatte kaum eingesetzt, als bei der Berliner Feuerwehr auch schon die ersten Alarme über Wasserschäden und Uberschwemmungen einliefen. Allein in etwa 150 Fällen wurden Keller, zum Teil Wohnkeller und Lagerräume, mit Lebensmittelvorräten, übersutet. Besonders arg sah es an der Bahnunterführung Schöneberger Ufer und Hottewellstraße aus. Die Unterführung bildet an dieser Stelle eine richtige Mulde. Ein großer, etwa 1 1/2 bis 2 Meter tiefer See hatte sich in kaum 10 Minuten gebildet, so daß der gesamte Verkehr im Augenblick lahmgelegt war. Ein Straßenbahnwagen blieb im Wasser stehen; das Wasser umspülte bereits den Elektromotor. Die Feuerwehr war 1/2 Stunden an der Uberschwemmungshätte mit mehreren Saugpumpen angestrengt beschäftigt. Keuchlich, aber nicht ganz so schlimm, war die Situation am Bahnhof Friedrichstraße. Fahrplan und Bürgersteige waren zu beiden Seiten der Unterführung überschwemmt, so daß die auf dem Bahnhof ankommenden Fahrgäste zum unfreiwilligen Verweilen gezwungen waren, bis auch hier die Feuerwehr helfend eingriff. — Auch unter den vielen Unterführungen der Reichsbahn im Zuge der Parkstraße hatten sich Wasserstauungen gebildet. Die Polizei sperrte den ganzen Straßenabschnitt, bis die Feuerwehr nach über einstündiger Tätigkeit die Gefahr beseitigt hatte. Aus Lichterfelde, Mahlsdorf, Zehlendorf, Pantow, Steglitz, Tegel usw. werden gleichfalls starke Uberschwemmungen und Verkehrsstörungen gemeldet.

In zahlreichen Gärten hat der Hagel, dessen Schlägen 7 bis 10 Millimeter im Durchmesser stark waren, die Blüten von den Obstbäumen abgeschlagen. Besonders tiefliegende Laubensolonien bildeten eine einzige Wasserfläche, auf der Bretter, Risten und allerlei Gerät umhergeschwammen.

### Verheerungen durch Blitzeinschläge.

In der Stubenrauchstraße 7 in Karolinenhof, im Norden Berlins, schlug der Blitz in das Dach eines Wohnendhauses ein und zündete. Die Flammen griffen so schnell um sich, daß die Feuerwehr, die mit zwei Löschzügen zur Stelle war, nur noch wenig retten konnte. — In der Körnerstraße schlug der Blitz in eine Antennenanlage ein, die zerstört wurde. Wenige Minuten später erfolgte in nächster Nähe in einem Hause der Potsdamer Straße ein weiterer Blitzeinschlag. Der Blitz fuhr in den Giebel des Vorderhauses und riß große Mauerstücke heraus, die auf den Bürgersteig stürzten. Glücklicherweise war die Gehbahn völlig menschenleer, so daß niemand verletzt wurde. Außerdem waren noch mehrere „kalte Blitzeinschläge“ zu verzeichnen, die keinen nennenswerten Schaden angerichtet haben.

## Der Wirbelsturm über Texas.

Man rechnet mit 90 Todesopfern.

New York, 7. Mai.

Der Wirbelsturm in Texas hat, wie ergänzend gemeldet wird, mehrere Städte vollständig verwüstet, wobei bisher 90 Personen ums Leben gekommen sind, während die Zahl der Verletzten mehrere Hundert beträgt. Die Behörden haben umfangreiche Hilfsmaßnahmen ergriffen. Soweit sich bisher feststellen ließ, beträgt der Schaden einige Millionen Dollar.

## Der Bildersälscherandal in Paris.

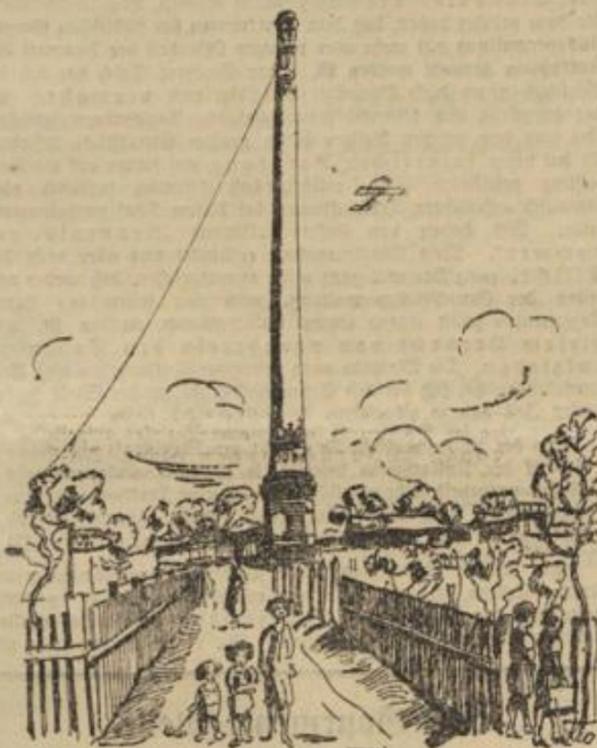
Der Enkel Millet's verhaftet.

Paris, 7. Mai.

Der in den kürzlich ausgedeckten Riefenbildersälscherandal verwickelte Enkel des großen französischen Malers Millet sowie der Maler Paul Cazeau, sind auf Anordnung des Untersuchungsrichters am Mittwoch vormittag verhaftet und in das Gefängnis eingeliefert worden.

Millet, der bereits vorbestraft ist und dem man nachweisen konnte, daß er auch ungedeckte Wechsel in Umlauf gebracht und verschiedene betrügerische Geschäfte begangen hatte, gab die

# Schornstein als Ausstellungsrest.



Zwischen den Lauben des Südgeländes.

Ausstellungsbauten zeichnen sich manchmal durch besondere Zähigkeit aus. Der eckige Rundbau am Lehrter Bahnhof, eine Erinnerung an die Kolonialausstellung, bildete durch seine verwahrsamte Häßlichkeit einen üblen Eckpunkt an der Volkstheaterbrücke in Alt-Moabit. Den Vogel aber schiess jederseits der 30 Meter hohe, vollkommen isoliert stehende Schornstein ab, der inmitten der Lauben des Südgeländes steht: er ist das letzte Ueberbleibsel der großen landwirtschaftlichen Ausstellung, die im Jahre 1906 einen Teil des Südgeländes bedeckte. Der Schornstein gehörte zu einem ansehnlichen Maschinenhaus, das die ganze Ausstellung mit elektrischem Licht und Wasser (für das zahlreiche Vieh) belieferete. Heute nach sieht man die massiven Fundamente, auf denen das Maschinenhaus stand. Dem Schornstein selbst konnte man nichts anhaben. Als man auf die Idee kam, ihn zu sprengen, war die Nachbarschaft der Lauben bereits viel zu dicht geworden. Die Kosten für das Abtragen erschienen dem Magistrat zu hoch. Also ließ man ihn einfach stehen. Ein findiger Laubentolonist stieg auf den Steigeisen im Innern des Schornsteins hoch und befestigte an der Spitze eine Riesenantenne. Als schmucker Antennenmast, Symbol der Radiotechnik, ist dieser orangefarbene Schornstein weit und breit über dem Laubengelände sichtbar. Gerade in diesen Motagen ist ein Spaziergang zwischen den Blütenbäumen des Südgeländes ein besonderer Genuß. Auf friedlich-unpolitischen Gassen, die noch nicht gepflastert sind, dringt man immer tiefer in das Laubendickicht: von der Selteriegasse kommt man zur Tomatengasse, von der wiederum die Kürbisgasse und die Gurkengasse abzweigen. Tiefer Frieden liegt über den Gärten. Keine Spur mehr vom Großstadtlärm. Ueber bunten Blumenstauden schaukeln Schmetterlinge, Amfeln singen und der Wind bringt den Duft der blühenden Sträucher. Mit eisigen Schauern denkt man daran, daß ein amerikanisches Konzortium beinahe diese Blüteninsel im Süden des Steinmeeres zur Verbauung erworben hätte.

**Protokolle**  
Festungsausschnitte  
Herausgegeben von Esther Grenen

„Sind Sie geständig, mit Thorwald Stirre aus Oslo identisch zu sein?“  
„Ja.“  
„Sind Sie geständig, defraudiert zu haben und dann nach Dänemark geflüchtet sein, um hier bei Frau Mette Fredriksen unter falschem Namen Aufenthalt zu nehmen?“  
„Ja.“  
„Wie kamen Sie gerade zu Frau Fredriksen?“  
„Frau Fredriksen ist meine Tante. Sie kannte mich noch als Jungen. Ich war mit ihrem Sohn sehr befreundet gewesen. Frau Fredriksen ist ganz unschuldig. Sie wollte mich dann nur nicht verraten. Tun Sie ihr nichts.“  
„Und wie stellten Sie sich das dann weiter vor? Wie lange wollten Sie überhaupt bei Frau Fredriksen bleiben?“  
„Bis November. Dann wollten wir, Maria und ich, uns in Hamburg treffen und nach Kanada auswandern.“  
„Dann hat Fräulein Sandel also auch von der Defraudation gewußt?“  
„Ja, aber erst nachher, nachher. Man kann doch nicht von einem jungen Mädchen verlangen, daß es seinen Bräutigam verrät. Nicht wahr, das kann kein Mensch verlangen?“  
„Wie kamen Sie denn überhaupt auf so einen Einfall?“  
„Wir waren so arm. Und wir liebten uns schon seit vier Jahren. Und dann kam die Veruchung, die Lösung des Augenblicks. Fünftausend Kronen — das ist eine große Sache für zwei junge Leute, die heiraten wollen.“  
„Und was ist nun mit diesen fünftausend Kronen?“  
„Ich habe viertausendfünfhundert davon. Ich brauchte Kleider, Gepäc. Ich hatte keine ganzen Schuhe mehr. Glauben Sie, daß, wenn ich der Bank das Geld zurück-erstattete — müssen Sie mich dann auch noch ausliefern?“  
„Ich muß Sie und Fräulein Sandel selbstverständlich auf jeden Fall ausliefern.“

„Mich und Maria! Maria und ich zusammen per Schub nach Norwegen. Nein, nein, das überleben wir nicht. Ist es denn ganz unmöglich, daß ich hier verurteilt und bestrast werde?“  
„Reden Sie doch nicht so kindisches Zeug. Sie werden doch selber wissen, daß man für ein in Norwegen begangenes Delikt nicht in Dänemark zur Verantwortung gezogen werden kann.“  
„Sie wissen nicht, was das für mich bedeutet. Nach Norwegen zurück! Und mein Vater und mein Onkel und die Herren Direktoren aus der Bank und dazu noch alle die Vorgesetzten. Das ist ja entsetzlich, das ist ja unmöglich!“  
„Weinen Sie doch nicht schon wieder. Vor allem einmal wird es nicht schon heute oder morgen sein. Sie haben Zeit, sich an diesen Gedanken zu gewöhnen. Denn wenn auch Ihre Unschuld an der Explosion von Arendund, an dem Verschwinden der Ossipowna und alle den übrigen Weibergeschichten beinahe erwiesen, wollen sagen, höchst wahrscheinlich ist, so müssen doch noch einige wichtige Zeuginnen, wie zum Beispiel —“  
„Wenn ich hier schuldig wäre, müßte ich also nicht zurück?“  
„Natürlich nicht.“  
„Herr Untersuchungsrichter, ich will Ihnen ein Geständnis machen.“  
„Was denn?“  
„Herr Untersuchungsrichter, ich habe alles getan, was die Leute hier mir vorwerfen. Ich habe das Mädchen, wie heißt sie doch, auf offenem Feld vergewaltigt und bin der Vater ihres Kindes. Ich habe die Gräfin Arendund im Wald überfallen, ich habe mich an Frau Delius vergangen und an irgendeiner dreizehnjährigen Betten, ich habe Fräulein Jensen in den Tod getrieben und habe die Ossipowna in dem Badehaus von Arendund in die Luft gesprengt, mit Straß. Ich gestehe alles, alles, was man nur verlangt. Nur schicken Sie mich um Gottes willen nicht per Schub nach Norwegen zurück!“  
„Mensch, Sie sind ja des Teufels! Sie werden doch nicht aus lauter Freigebit, aus lauter Angst vor den Leuten in Oslo auf einmal hier die fürchterlichsten Missetaten eingestehen.“  
„Ich gestehe alles, alles. Ich bin ein Ungeheuer. Und Maria, meine Braut, muß es bezeugen. Sie können sie auch

nicht sofort nach Oslo schicken. Sie müssen sie anhören. Sie müssen mich anhören. Alle Tage werde ich Ihnen was erzählen. Ich werde nie mehr schweigen. Sie werden sich bestimmt nicht mehr über mich ärgern müssen.“  
„Herr Rist — Herr Stirre, so was Idiotisches ist mir in meinem Leben noch nicht untergekommen. Denken Sie doch einmal nach. Das hat doch keinen Sinn. Ich weiß ja, was Sie wollen, Sie gaben sich ja nicht einmal Mühe, es mir zu verheimlichen. Das Ganze ist nichts als eine weitere Verzögerung, das Ganze gibt nur entsetzliche Scherereien. Diese vielen Frauen —“  
„Diese vielen Frauen können doch nicht alle gelogen haben. Das sagten Sie doch selbst, Herr Untersuchungsrichter. Ich werde Ihnen alles bestätigen. Ich werde sogar noch viel mehr bestätigen. Es kommt mir schon gar nicht mehr darauf an. Ich werde —“  
„So schweigen Sie doch endlich, Sie Unglückswurm. Oslo ist am Telephon. Ich schließ das Verhör.“  
Kgl. Amtsgericht Søndrup, 15. Juli 1929.  
gez. Thorwald Stirre. H. O. Jakobsen.

Protokoll  
aufgenommen mit der Zeugin Kamma Schmitt. (Die Zeugin suchte selbst um ihre Einvernahme an.)  
„Herr Untersuchungsrichter Jakobsen, ich komme nur, um zu fragen — auf Luno geht das Gericht, daß Sie Frau Mette Fredriksen verhaften lassen wollen — und da dachte ich —“  
„Da soll doch der Donner! Deshalb kommen Sie her! Glauben also auch schon an jeden Weibergewalt. Und ich, der ich mich schon freute, als ich Sie zur Tür reinkommen sah. Endlich einmal ein Mensch mit Vernunft, ein Mensch, mit dem man reden kann. Und dann — nichts anderes als wieder ein neuer Unsinn. Frau Fredriksen soll ich verhaften lassen? Ja, warum denn, zum Teufel? Bist du, weil sie keine guten Manieren hat. Oder weil ich, wie diese Person schreibt, von geradezu sadistischer Grausamkeit bin. Immer wieder nichts als neue Unannehmlichkeiten —“  
„Aber Herr Untersuchungsrichter!“  
„Lassen Sie mich. Unterbrechen Sie mich nicht. Sie ahnen ja nicht, was hier vorgeht. Sie ahnen ja nicht, was dieser Idiot, Ihr geliebter Lorden Rist, einem zu schaffen macht. Wenn das so weiter —“ (Fortsetzung folgt.)

Fälschungen zu. Cocon behauptete dagegen, allerdings Kopien berühmter Meister angefertigt und zu niedrigen Preisen verkauft, aber nicht die Absicht gehabt zu haben, die Bilder als echt auszugeben.

## Gräfliche Freundschaft.

Die Wechselfälschung eines Hochstaplers vor Gericht.

In Moabiter Gerichtssälen ist der adlige Herr kein Unbekannter. Alexander Graf von Tarnowski! Alles, was einflussreiches Geschlecht. Vor dem Kriege in Kiew zu Hause. Auch in Petersburg vertreten. Die Mutter des Grafen — so behauptet er wenigstens — Hofdame bei der Zarin; seine Frau persische Prinzessin. Fünf Vorstrafen, darunter solche von 4, 6, und 12 Monaten Gefängnis wegen Betruges, zeigt sein Strafregister.

Ein Gentleman dieser Graf, gut gekleidet, gute Manieren. Jetzt Empfangsbesitzer in einem österreichischen Hotel. Vor Gericht wegen Wechselfälschungen und Fehprekärei; sozusagen standesgemäße Verbrechen. Den Weltkrieg verlebte er außer halb Rußlands. Er befand sich zu Kriegsbeginn gerade in Marlenbad — mit seiner Frau. Und nach dem Kriege, nach der Revolution verlor er zunächst den Familienschatz, beschloß ihn und ... beging zwischendurch Betrügereien. 1924 ließ er ein chiffriertes Anjeter erscheinen, er wolle Schmuckstücke beleihen. Es meldete sich der Fabrikbesitzer G. Die Beziehungen zwischen beiden wurden immer freundschaftlicher, sie trauten sich schließlich. Brauchte der Graf Geld, so ging er zu G. Bedurfte er eines neuen Anzuges, so ging er zu G. Hatte er Schulden, so war es wieder G., der sie bezahlte. „60.000 Mark habe ich von ihm während der vier Jahre erhalten“, sagt der Graf, 22.000 gibt G. zu. Schließlich stellte der Graf Wechsel auf den Namen seines Freundes aus und bediente sich des Fabrikstempels. „Ich hatte die Vollmacht zum Wechselausstellen“, sagt der Graf, „auch vom Stempel machte ich mit Wissen meines Freundes Gebrauch.“ Eines Tages verlangte der muntere Graf, G. möge seine Fahrt nach Desterreich finanzieren. G. ging zum Schein darauf ein, holte die Polizei und ließ den Grafen verhaften. „Weshalb hat G. Ihnen soviel Geld gegeben“, fragt der Vorstehende, „was waren das für Beziehungen zwischen Ihnen und G.“ Der Graf verwiegelt die Aussage. Herr G. bestreitet irgendwelche Beziehungen. Bloß aus Freundschaft habe er das viele Geld hergegeben, bloß, weil er Kiez auf eine rechtliche Bahn habe bringen wollen. Ein anderer Zeuge, dem der Graf die gefälschten Wechsel zur Einlösung gegeben hatte, nennt ihn kurzer Hand Schwindler und Hochstapler; er schulde ihm 5000 Mark, einem anderen 10.000 Mark. Die Verhandlung muß schließlich vertagt werden. Der Vorstehende erklärt bei der Verkündung des Gerichtsbefehles, daß die bisherige Verhandlung nicht mit Klarheit ergeben habe, aus welchen Motiven heraus G. den Grafen mit Geld unterstützt habe. Es sei nicht ausgeschlossen, daß G. einfach das Opfer der gräflichen Erpressungen geworden war, und daß er auch jetzt noch fürchte, über ihn die Wahrheit auszusagen.

Der Graf begibt sich im Auto zurück in das österreichische Hotel, wo er als Empfangsbesitzer, wie er behauptet, ein neues Leben begonnen hat.

## Ein neues Lastfahrzeug.

Einem Kreis von Vertretern der Tages- und Nachpresse wurde in der „Schäufung“ in einem kurzen Besprechungsabend in der „Schäufung“ das von einer Berliner Firma konstruierte und vor einiger Zeit fertiggestellt worden ist. Es handelt sich um ein sogenanntes Raupenfahrzeug. Ähnliche Transportmittel gibt es schon seit Jahren; die wesentliche Neuerung bei diesem Raupenfahrzeug besteht in der reibungslosen Lenkbarkeit ohne Beschädigung der Erdoberfläche. Der Vorkäufer dieses Fahrzeuges ist der aus dem Kriege her bekannte Tank. Das zu beiden Seiten laufende Transportband war in gewissem Sinne starr, d. h. die Maschine konnte nur in derselben Richtung vorwärts oder rückwärts bewegt werden. Bei den Raupenfahrzeugen ist es nun möglich, durch Lenkbarkeit der Räder, die mit starken Gummlöhnen versehen ist, jede beliebige Richtung einzunehmen. Das Fahrzeug ist besonders zu Transporten auf schwierigem Gelände sehr geeignet. Die Herstellungsfirma hat bereits die Zulassung für die Benutzung der Straße erhalten. An den Film schloß sich eine Fahrt nach Heinerdorf an, wo das Raupenfahrzeug praktisch vorgeführt wurde.

## Chorkonzert der Arbeiterjäger Adlershof.

Im Lustgarten Adlershof gab der Männer- und Gemischte Chor Adlershof (Mitglied des VSA) ein Konzert, das ein außerordentlich interessantes Programm bot. Mit schönem Vortrag und guter Gesangsleistung brachte der Chor unter seinem Führer Ludwig Bellmer Volkslieder aus aller Herren Länder zum Vortrag. Neben dem Lied der eigenen Heimat hörte man böhmische, russische und sibirische Gesänge und es war ein vielschichtiges musikalisches Gemälde, das sich den Zuhörern durch die Verschiedenheit der Gesangsarten bot. Launig, ein wenig sentimental das alte deutsche Lied, tief im Empfinden und fest in der Schilderung das Lied unserer Tage; weich-herzlich, voll heimischen Sehns nach Licht und Freude das Lied der Slaven. In ihrer modernen Bearbeitung (Walder, Guimann usw.) klangen die Lieder sehr wirkungsvoll; es gab reichen Beifall und die Hörer erzwangen sich mehrere Zugaben.

## „Ueberwindung der Kriege.“

Zu einer Kundgebung gegen den Krieg gestaltete sich dieser öffentliche Abend der „Arbeitsgemeinschaft der Konfessionen für den Frieden“ im Saale der Hochschule für Kunst in Charlottenburg. Es war der zweite Abend dieser Art, den die Religionsgemeinschaften, insbesondere der Friedensbund deutscher Katholiken und der Büssische Friedensbund gemeinsam veranstalteten. Man hatte es mit Pazifisten zu tun, die in verschiedenen Rednergarnituren und Nuancen die Achtung des Krieges forderten. Pfarrer Wieland von der Lutherkirche forderte aus dem Glauben heraus ein größeres Selbstbestimmungsrecht der Völker über Krieg und Frieden, der Krieg müsse aus der Sphäre der Kapazität und des interessierten Großkapitals, sowie einzelner Mächtiger entrückt werden, das Betrüben müsse aufhören, die Erziehung der Jugend müsse deren Neigung zum Abenteuerlichen mit gekunden Mitteln begegnen. Kein Volk dürfe glauben, daß es allein das „auserwählte“ sei, statt Volkswirtschaft müsse Weltwirtschaft gelehrt werden. Rechtsanwält Dr. Rice zeichnete in treffenden Worten die furchtbare Satire des Wortes „Stahlbad“, dieses furchtbare Bad, dessen verheerende Wirkungen bis heute noch nicht übermunden werden konnten. Der päpstliche Geheimkammer Rigr. B. Dichtenberg machte ein sehr interessantes Rednergeplänkel auf; wenn die 13 Millionen Juden, 158 Millionen orthodoxe Christen, 220 Millionen Protestanten und 365 Millionen Katholiken auf der Welt nur zu 50 Proz. den Frieden wollten, so wären sie umsonst, jede Friedensstörung im Reine zu erstehen. — Über leider hat diese Rechnung bei der Kirche noch nie gestimmt.

Diesjähriger Saisonauftakt erst im August. Wie im Anschlag für die Landesparade, feiert Berlin, vom 3. Mai 1930, Seite 164, vorüberzogen wird, findet der diesjährige diesjährige Saisonauftakt erst in der Zeit zwischen dem 1. und 31. August statt.

# Buschs Gedächtnisschwäche.

Sozialdemokratische Fraktion forderte schon 1926 durchgreifende Untersuchung.

Bekanntlich erklärt Herr Busch trotz schwerster Belastung jeden Tag von neuem, daß in seinem Dezernat alles „in bester Ordnung gewesen sei“. Weißt man dann atemlos und durch Belege nach, daß früher von ihm aufgestellte Behauptungen und gemachte Aussagen nicht stimmen, so erklärt er die Widersprüche einfach mit Gedächtnisschwäche, an der Herr Busch zeitweilig auch schon während seiner Amtszeit litt. Ähnlich scheint es seinem „Freunde“ Herrn Hiller zu gehen, der allein an der Vermittlung des Gutsankaufes Duppel ungeheure Summen verdient hat. Bei einer seiner letzten Vernehmungen stellte nämlich Hiller als Beweis für die völlige Korrektheit seiner Geschäfte die Behauptung auf, keine Fraktion der Stadtverordnetenversammlung habe seinerzeit an dem Ankauf etwas auszusagen gehabt. Wir wollen das Gedächtnis des Herrn Hiller ein wenig auffrischen, indem wir an Hand der amtlichen stenographischen Berichte der Stadtverordnetenversammlung nachweisen, daß die sozialdemokratische Fraktion schon frühzeitig auf die Möglichkeit einer Korruption bei den Grundstücksgeheimnissen hingewiesen hat. Der Oberpräsident hatte seinerzeit die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Busch abgelehnt, weil nach seiner Ansicht das vorhandene Material dazu nicht ausreichte. Die Sozialdemokraten haben dann schließlich dem Ankauf des Gutes Duppel zugestimmt, weil das Interesse der Gesamtheit das erforderte. Es galt damals eine großzügige Abrundung städtischen Grundbesitzes vor den Toren der Stadt vorzunehmen und der privaten Spekulation nicht weniger als 750 Hektar zu entziehen. Die Sozialdemokratie hat aber schon damals — im Dezember 1926 — eine umfassende Untersuchung aller Grundstücksgeheimnisse gefordert.

In der Sitzung der Stadtverordneten am 16. Dezember 1926 führte im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion Dr. Lohmann aus: „Dieses Projekt ist leidenschaftlich umschrieben worden in der Presse und in der Öffentlichkeit und hat eine Kritik heraufbeschworen, wie wir sie seit Jahren nicht mehr erlebt haben. Der Grund dafür lag in den seltsamen Begleitumständen, die diese kommunalpolitisch wertvolle Angelegenheit zu einer Skandalaffäre umgestalten drohten, Begleitumständen, die dazu geführt haben, daß dem Dezernenten der städtischen Grundstücksverwaltung mit mehr oder weniger Offenheit der Vorwurf der Korruption gemacht worden ist. Herr Stadtrat Busch hat sich im Ausschuss gegen diese Vorwürfe verteidigt und verwahrt. Er hat dargelegt, daß keinerlei freundschaftliche Beziehungen zwischen ihm und dem jetzigen Besitzer dieser großen Grundstücke bestehen. Er hat unter feierlicher Berufung auf seinen auf die Verfassung geleiteten Eid erklärt, daß keinerlei juristisch oder moralisch anfechtbare Transaktionen bei diesem Kauf vorgenommen seien. Wir haben von dieser Erklärung „Kenntnis genommen“. Diese Kenntnisnahme entbindet uns aber nicht der Pflicht, ganz klar und ganz offen auszusprechen, daß weder von Seiten der Grundstücksverwaltung, noch von Seiten des Herrn Dezernenten selbst irgend etwas unternommen worden ist, um diesem Verdacht von vornherein den Boden zu entziehen. Die Methode ganz unnötiger Unklarheiten und Verdunkelungen hat sich bei den Grundstücksgeheimnissen der Stadt in der letzten Zeit nahezu eingelebt.“

Wenn der verantwortliche Dezernent des Magistrats eine solche Politik der Unklarheiten betreibt, so ist keine vertrauensvolle Zusammenarbeit mehr möglich, so kann keine Fraktion zu diesem Dezernenten kein Vertrauen mehr haben. (Zuruf Adolph Hoffmanns: „Der Busch muß ausgerodet werden!“)

Der Redner zitierte dann einen Brief, den der Römischer des Reiches Tschom, Heiß, an Busch am 8. Dezember gerichtet hatte und den Busch am 14. Dezember noch nicht erhalten haben wollte, und fährt dann fort: Mit einem Dezernenten mit

solcher katastrophalen Gedächtnisschwäche glaubt meine Fraktion nicht länger zusammenarbeiten zu können, zu solch einem Dezernenten glaubt sie kein Vertrauen haben zu dürfen.

Ich habe im Auftrage meiner Fraktion offiziell zu erklären, daß wir eine weitere Vertretung der Grundstücksankäufe der Stadt durch den jetzigen Dezernenten auf Grund dieser Vorkommnisse und Tatsachen schlechterdings für unmöglich halten.

Wir erwarten, daß der Herr Vertreter des Oberbürgermeisters von dieser unserer Erklärung dem Herrn Oberbürgermeister Kenntnis geben wird.

Auf diese Rede des sozialdemokratischen Redners sah sich Herr Busch genötigt, zu erklären: „Es ist ganz selbstverständlich, daß ich gegen mich das Disziplinarverfahren einleiten lasse und daß ich selbst den Antrag hierzu sofort stellen werde.“

In den nächsten Tagen muß jedoch Herr Busch wiederum von einer Gedächtnisschwäche befallen worden sein, denn zur Ausführung seines vor dem Stadtparlament gegebenen Versprechens ist es niemals gekommen.

## Die Vorwürfe gegen Stadtrat Rah.

Rah und die „Galerie Lafayette.“

Den ersten Anlaß zu der plötzlichen Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den demokratischen Stadtrat Rah scheinen die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in der Affäre Busch gegeben zu haben, die sich auf eine Reihe von Zeugenaussagen stützen.

Es handelt sich dabei zunächst um die Zusammenarbeit zwischen Busch und Rah zu der Zeit, als Busch noch Vorsitzender der Grundstücksdeputation war und Rah gleichfalls in diesen Angelegenheiten sich betätigte, weil er als früherer Grundstücksdezernent des Bezirksamtes Schöneberg als Sachmann auf diesem Gebiet galt. Schon im Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags sind in diesem Zusammenhang sehr belastende Auslagen gegen Rah gemacht worden, die dieser aber energisch in Abrede gestellt hat. In der Hauptsache handelte es sich dabei um Provisionen, die bei den viel erörterten Grundstückskäufen gezahlt worden sein sollen und die Rah angeblich nicht nur mit Busch zusammen in dessen Transaktionen, sondern in einzelnen Fällen auch für eigene Geschäfte erhalten haben soll. Es wird neuerdings in Verbindung hiermit der beabsichtigte Verkauf des Schöneberger Südgeländes an die Firma Chapman genannt, es wird von einer Zusammenarbeit zwischen Busch und Rah bei dem Ankauf von Duppel-Drehtinden gesprochen, von den Beziehungen des letzteren zu einem Borenhauskonzern, der sich für Schöneberger Gelände interessiert, Dinge, die sich vorläufig noch nicht in allen Einzelheiten nachprüfen lassen und deshalb in der Hauptsache nur als Gerüchte aus eingeweihten Kreisen wiedergegeben werden können. Anders scheint es dagegen bei den Vorwürfen zu liegen, die jetzt gegen Stadtrat Rah im Zusammenhang mit der Angelegenheit des „Galerie Lafayette“ erhoben werden und die wohl im Augenblick die Hauptgrundlage für das Vorgehen des Oberpräsidenten gegen den jetzigen Berliner Grundstücksdezernenten bilden. In dieser Angelegenheit sollen die Angriffe gegen Rah auf recht laienhaften Einzelheiten beruhen. Der volkspolitische Stadtverordnete Dr. Folsch, gegen den der Berliner Magistrat wegen Verleumdung des Stadtrats Rah Strafantrag gestellt hatte, hat vor einigen Wochen bei seiner Vernehmung durch den Untersuchungsrichter diesem von Behauptungen Kenntnis gegeben, die ihm, Folsch, in seiner Eigenschaft als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung aus unterrichteten Kreisen zugetragen worden waren. Dr. Folsch hat durch Benennung von Zeugen das Gericht ersucht, diese Dinge, die er selbst nicht nachprüfen könne, aufklären zu lassen.

## Die Gourmenia-Platte.

Gläubigertränen an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche.

Bei der Gourmenia-Platte — Tanz, Schlemmerci, und Café-Komplex um die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche herum — werden Millionen verloren. Bei der ersten Gläubigerversammlung vor dem Amtsgericht Charlottenburg wurde festgestellt, daß den 3,6 Millionen Schulden nur 53.000 M. greifbares Vermögen gegenüberstehen. Die Ober- und Untergesellschaften sind so gut „konstruiert“, daß der Konkursverwalter niemandem herausbekommt, der die Gläubigerquote über das jetzige Siebzigstel hätte erhöhen können.

Um die Gedächtniskirche herum wird nicht nur geklammert und getanzelt, es werden auch Gläubigertränen vergossen.

Das Maiprogramm des Alkazar bringt wieder eine Fülle tanzreifer und artistischer Reueiten. Die ägyptische Truppe Hoffman zeigt gute Leistungen auf dem Gebiete der Equilibristik; der Tanz, das A und O des Abends, ist durch Graziella Gladius u. Mac Joannin einem flott und raffig getanzten Originalstange und in einer Tanzstudie „Kämpfer“ — sie als weisshäutige Amazone, er als rauher Arbeitsmann — in guten Händen. Lotte Dumero und Genia Barry huldigen dem Phantastischen, während das Morrison-Ballett

# Funkwinkel.

Aufführung des Hörspiels von Friedrich Wolf „John D. erobert die Welt“. John D. — das ist der alte Rockefeller, der Typ des Wirtschaftseroberers, der mit Genialität alle Möglichkeiten der Technik, aber auch alle Möglichkeiten in den Menschen erpöht und der deshalb für seine Arbeit immer die geeigneten Helfer findet. Wolf ist von der Gestalt gepackt, die er erlebt als eine Art Naturkraft, die vorwärts, weil sie vorwärts muß. Er skizziert die Entwicklung John D.'s in knappen, klaren, bildhaften Szenen. Man wird von dem Strudel dieses Machtwillens mitgerissen, der unwillkürlich die tote Materie, die die lebendigen Menschen zwingt, die Materie mit dem Geist — die Menschen mit dem allmächtigen Dollar. Der Aufstieg des Wertes in einem Diskurs zwischen John D. und einem Zeitungsreporter ist von einhelliger Wucht: Abrechnung mit dem Wirtschaftsdiktator von gestern durch eine neue Generation, die in die Rechnung John D.'s einen gewaltigen Faktor stellt — den Arbeiter, der bisher ihm nur eine belanglose Nummer war, die er nach Belieben auslöscht. Den John D. sprach Heinrich George, nehmend die Explosionskraft in der Stimme, die nur anfangs, bei dem 22-jährigen John D. nicht ganz echt klang, aber wunderbar lebendig das Zerbrechen des Weltreichtums gab. Als Redner hatte er Erwin Faber und Hermann Bollentin, zwei Sprecher und Gestalten allerersten Ranges. Sehr eindrucksvoll auch Helmuth Kalling als ewig getreuer Helfer seines Herrn John D. und der Journalist Alfred Beermann.

in einem süßen Wiener Walzer mit anschließender Damenwahl die anwesende Männerwelt ganz besonders erfreut. Audi Stechin, der Stimmungsänger und Conférencier des Abends, zeigt sich im Verein mit Friedel Wendels auch noch als stotter Tänzer. Ferner eine unermüdlich spielende und Schlegler singende Hauskapelle. Mehr verlangt niemand.

## Das Vergleichsverfahren der Beamtenbank.

Erste Auszahlung ab 20. Mai.

In dem Vergleichsverfahren der in Liquidation befindlichen Bank für Deutsche Beamte, durch deren Zusammenbruch zahlreiche Gläubiger und Genossen schwer geschädigt worden sind, sollen, wie eine Korrespondenz meldet, ab 20. Mai d. J. die ersten Auszahlungen an die Inhaber von Forderungen erfolgen. Es sollen für Forderungen unter 100 Mark als erste Rate 30 Proz., für Forderungen über 100 Mark 10 Proz. ausgeschüttet werden.

Die Einzahlungen der Genossen, die auf Grund des Vergleichsvorschlages ihren Anteil beträchtlich erhöhen mußten, also neben dem Verlust der Einlage noch weitere Gelder zuschießen mußten, sind nur sehr spärlich eingegangen. Die Härtekommission, die zur Linderung der Not der minderbemittelten Genossen eingesetzt worden war, ist in Hunderten von Fällen angerufen worden und in Tätigkeit getreten. Die Schadenserforschungsstelle, die von den Liquidatoren des Unternehmens gegen die früheren Direktoren Alois und Joseph Weber und gegen Mitglieder des früheren Aufsichtsrates angestrengt wurden, sind noch in der Schwebe. Lediglich Direktor Alois Weber ist zur Wiedergutmachung des Schadens in Höhe von 10.000 Mark verurteilt worden, während der Prozeß gegen Joseph Weber, gegen den ein Arrest in Höhe von 300.000 Mark erwirkt worden war, zur Zeit vor dem Kammergericht schwebt. Auch die Klage, die von einer Gruppe der Genossen gegen die Rechtsgültigkeit der Beschlüsse der Vertreterversammlung bezüglich der Erhöhung der Genossenschaftsanteile erhoben worden ist, konnte bisher vom Gericht nicht entschieden werden.

Die Feuerschutz-Ausstellung bei Wertheim, die sich eines außerordentlichen Zuspruchs erfreute, zeigte u. a. auch einen Auschnitt der von Rektor Eichhoff ins Leben gerufenen „verhüllenden und erzieherischen Rechtskunde“. Seine Schulklassen hatten interessantes textliches und zeichnerisches Material zum Feuerschutz und Feuerschutz beigetragen, so daß die Ausstellung auch durch diese praktische Mitwirkung der Jugend wesentlich bereichert wurde.

Bei der Plünderung eines Münzspeichers wurde in Panitzsch wieder ein junger Mann erwischt, da die von der Post angebrachte Alarmvorrichtung in Tätigkeit trat. Die Nachforschungen ergaben, daß außer ihm noch drei weitere Freunde sich auf demselben Wege Geld verschafft hatten. Alle vier sind jetzt der Kriminalpolizei eingeliefert worden.

BERLIN  
HAMBURG  
ALTONA  
KÖLN  
HANNOVER  
DÖSSELDORF

# Die C&A Seite

DORTMUND  
ESSEN  
DUISBURG  
MAGDEBURG  
FRANKFURT a.M.

Jahrgang 1930

Gewidmet allen Freunden unseres Hauses und denen, die es werden wollen.

Nummer 17

Copyright by Kurt Lisser Reklame 1930

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

Einer unserer Kunden berichtet uns über ein kleines Erlebnis, das er auf der letzten Leipziger Messe hatte

Es ist interessant für alle, aber besonders lehrreich für die, denen unsere niedrigen Preise wohl gefallen, die aber vergeblich gegen ihr Vorurteil ankämpfen, man könne für so wenig Geld nichts Gutes bekommen.

Herr L...e erzählt - aber lassen wir ihm selbst das Wort:

„Im Laufe eines Gesprächs kamen wir auf die niedrigen Preise in der Tschechoslowakei zu sprechen. Ein mir befreundeter Fabrikant aus Nordböhmen behauptete, daß er seinen erstklassigen Ulster für 500 Kronen, d. s. also 70 Mark, gekauft habe. Darauf nahm ich das Wort und fragte, auf meinen Paletot (schwarz mit Steppfutter) zeigend: „Was glauben Sie, muß man in Berlin für solches Stück bezahlen?“ Darauf allgemeines Preisraufen: 120, 160, 200 R.Mk. Ich: „49.50 Mark bei C&A Brennkmeier in Berlin“.

Allseitiges Staunen, Befühlen des Stoffes usw. war die Folge. Und hätte ich nicht zufällig den Kassenzettel bei mir gehabt, um den Wahrheitsbeweis anzutreten, ich fürchte, man hätte es mir nicht geglaubt.“

Herr L...e schließt seinen Brief dann mit den Worten:

„Ich nehme an, daß die Herren aus dieser Runde bei Ihnen die Probe aufs Exempel machen werden“

Auch wir hoffen, daß die Herren zu uns kommen werden, aber mehr noch als das wünschten wir, daß jeder die Probe auf das Exempel macht, den unsere so sprichwörtlich niedrigen Preise reizen.

Herr L...e hat richtig erkannt, daß es nur des Entschlusses bedarf, die Probe aufs Exempel zu machen, um jeden davon zu überzeugen, daß man für unsere niedrigen Preise Kleidung bekommt, die überall weit teurer geschätzt wird, als sie wirklich ist, und in der man sich überall und voll Stolz sehen lassen kann.



„Ich würde Proppe die Stellung geben, Lässig sieht nicht gut genug aus!“

Wie oft entscheidet ein solches Argument bei der Frage des Kaufens in eine höhere, besser bezahlte Position über das Schicksal zweier Menschen - sonst vielleicht gleich brauchbar, gleich tüchtig, aber verschieden in ihrem Aussehen.

Gute Kleidung ist heute mehr denn je unerlässlich im Existenzkampf. Aber sie braucht nicht etwa teuer zu sein. Unseren Bemühungen und unserem Verkaufssystem ist es gelungen, Ihnen heute gute und beste Kleidung zu fabelhaft niedrigen Preisen zu schaffen.

Hier ist ein typisches Beispiel dafür:



Das ist der Preis für diesen ganz und gar modernen, sehr (statt wirkenden) Anzug aus reinem Kammgarn. Sie können ihn in den modernsten Farben bei uns bekommen, und es ist bei diesem Anzug besonderer Wert auf einwandfreie Passform und eleganten Schnitt gelegt. (Auch diesen Anzug übrigen werden Sie und jeder andere bedeutend höher einschätzen, als sein tatsächlicher Preis ist.)

Seien Sie Proppe, und nicht Lässig. Sie sehen, es kostet Sie nur sehr wenig - wenn Sie zu uns kommen.

Kleider sehen Dich an!

UND SAGEN:

Du hast nicht nötig, Dich zu plagen. Brauchst nicht über Schnittmusterbrütend zusetzen, Auch nicht an der Nähmaschine zu schwitzen. Hast nicht nötig, in X-Geschäfte zu laufen, Um all' Deine Zutaten einzukaufen,

Mach' es Dir leicht - nimm's nicht so schwer,

KOMM HER!

Kauf Dir ein fesches, fertiges Kleid, Das ist die richtige Sparsamkeit! Dann hast Du eins, das Dir wirklich gefällt, Und bist

besser gekleidet - für weniger Geld!



Dieses flotte Sportkleid aus dem beliebtesten Kunstseiden - Karacain, dem beliebtesten Modestoff. Sehr elegant wirkt der weiße Faltpelz an dem sportlich garnierten Ausschnitt. Der Glanzstoff hat röhrenförmig eine Falte **6.75** Gr. 95-100

Sehr festes Nachmittagskleid aus Kunstseiden - Karacain, dem beliebtesten Modestoff. Sehr elegant wirkt der weiße Faltpelz an dem sportlich garnierten Ausschnitt. Der Glanzstoff hat röhrenförmig eine Falte **11.50**

Das hochdeutige Frühlingkleid aus Kunstseiden-Bolle ist in jarten Farben entzückend gemustert. Der breite Pelzstreifen mit Bolent und Blumen, der hohe gegogene Gürtelstreifen sind **18.75** Es kostet **18.75**

## Der böse Fleck



Mutti schimpft und ärgert sich - Madi schluchzt ganz bitterlich. Warum nur so viel Herzeleid um ein armseliges Kinderkleid?!

Die nebenstehend abgebildeten Kleidungsstücke z. B. kosten bei uns:

Das elegante und praktische Kleid (ohne Reif) mit gestreiftem gebläutem Stoff mit unbedeutendem Garnitur. Für zwei bis drei Jahre **29.50**  
Der beliebte und praktische Kleid (ohne Reif) mit gestreiftem gebläutem Stoff mit unbedeutendem Garnitur. Für zwei bis drei Jahre **3.75**  
Das allerliebste Kleid (ohne Reif) mit gestreiftem gebläutem Stoff mit unbedeutendem Garnitur. Für zwei bis drei Jahre **2.25**

## Kennen Sie den?

Am Stammtisch will einer mit seinen Kräften renommieren, läßt sich eine Zitrone bringen, und - indem er sie auspreßt - sagt er zu seinen Freunden:

„Seht Ihr, jetzt ist die Zitrone ausgepreßt, und wenn einer von Euch noch einen Tropfen herausbringt, bekommt er von mir 20 Mark!“

Alle versuchen - alle vergeblich.

Da meldet sich ein kleines, hageres Männchen vom Nebentisch: „Verzeihen Sie, darf ich mal versuchen?“ Nimmt die Zitrone, und, hehe da, klid, klid, klid, 3 Tropfen entquillen ihr.

„Das ist ja fabelhaft“ ruft unser Freund. „Hier sind Ihre 20 Mark. Aber sagen Sie nur, was sind Sie denn von Beruf?“

„Kassierer in einem Abzahlungsgeschäft“ antwortet der Schüchtern.

Mittwoch ist Kinderstag

Da können Sie sehen, daß auch Sie sich viel zu viel Ärger und Sorgen um die Kleidung Ihrer Kinder machen. Sie werden ebenso überrascht wie erfreut sein, wenn Sie sehen, wie wenig dazu gehört, um Ihren Kindern gute, moderne und zweckmäßige Kleidung zu kaufen.

## Hüte, die der Mai bringt

sind natürlich schon ganz auf warme, strahlende Sonnentage eingestellt:



die hellen Töne, die ganz neutral gewählt sind, möchten in der Farbe gern mit all' Ihren bunten Sommerkleidern harmonieren

zunehmen, die Sie etwa an der Nase fühlend wollen

das Gesicht wird immer leichter und feiner.

Auch die Preise werden in Ihnen den Eindruck erwecken, als ob sie bereits im Strahl der Mai-Sonne zusammenschmolzen wären.

Dieser elegante Sommerhut aus einer weißen Eggenkumpfe, den ein leuchtender Blütenkuss und jartes, elegantes Band zieren, ist schon für **5.90**

der Ihre. Kost Sie nicht die duftige Schönheit und vor allem der fabelhaft niedrige Preis?

KLEIDUNG?  
GEHEN SIE ZU

SIE ZU C&A BRENNINKMEYER

Oranienstr. 40  
Am Oranienplatz

Chausseestr. 113 Königstraße 33  
Beim Städtischen Bahnhof Am Bahnhof/ Alexanderplatz

Herren- bzw. Knaben-Kleidung in den beiden Geschäften: Königsstr. • Chausseestr.

# Theater, Lichtspiele usw.

Donnerst., 8. u. 10. Uhr  
**Staats-Oper**  
 Unter d. Linden  
 Teil-Ab. 8. u. 10. Uhr  
 Jahres-Ab. 7. u. 10. Uhr  
**Christoph Columbus**  
 Ende g. 20 Uhr

Donnerst., 8. u. 10. Uhr  
**Stadt-Oper**  
 Bismarckstr.  
 Turnus I  
 20 Uhr  
**Tosca**  
 Ende g. 22 1/2 Uhr

Donnerst., 8. u. 10. Uhr  
**Staats-Oper**  
 An Platz der Republik  
 R.-S. 43  
 19 1/2 Uhr  
**Freischiitz**  
 Ende g. 22 1/2 Uhr

Donnerst., 8. u. 10. Uhr  
**Staatl. Schauspiel**  
 am Gendarmenpl.  
 St. N. 4 Dr. No. 7  
 Jahres-Ab. - V. No. 106  
 20 Uhr  
**Gespenster**  
 Ende g. 22 1/2 Uhr

Donnerst., 8. u. 10. Uhr  
**Staatl. Schiller-Theater, Charlbg.**  
 20 Uhr  
**Wallensteins Tod**  
 Ende geg. 22 1/2 Uhr

**Winter Garten**  
 8.15 Uhr Zentr. 2019 Naumb. erlaubt  
 Bestes internationales Varieté

**Volksbühne**  
 Theater am Bülowplatz.  
 8 1/2 Uhr  
**Rost**  
 von Kirchner und Ouspensky  
 Regie: Günther Stock

**Staatl. Schiller-Th.**  
 8 Uhr  
**Wallensteins Tod**

**Piscator-Bühne**  
 (Wallner - Theater)  
 8 Uhr  
**§ 218 Frauen in Not**

**Theater d. Westens**  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
 Sonntag auch 4 Uhr  
**Das Land des Lächelns**  
 von Franz Lehár.

**Barnowsky-Bühnen**  
 Theater in der Stressemannstr.  
 (früher Aliggritzer Str.)  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Napoleon greift ein**  
 von Walter Hasenclever

**Komödienhaus**  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Meine Schwester und ich**  
 Musik v. Ralph Benatzky

**Residenz-Theater**  
 Tägl. 8 1/2 Uhr  
**Der Herzog und die Sünderin**

**Deutsches Theater**  
 D 2 Weidendamm 5201  
 8 1/2 Uhr  
**Der Kaiser v. Amerika**  
 von Bernard Shaw  
 Reg.: Max Reinhardt

**Kammerspiele**  
 D 2 Weidendamm 5201  
 8 1/2 Uhr  
**Die liebe Feindin**  
 Komödie von J. P. Schöler  
 Regie: Gustaf Gründgens

**Die Komödie**  
 [1 Bismarck-2414/7516  
 8 1/2 Uhr  
**Soll man heiraten?**  
 Komödie von Bernard Shaw  
 Simile-Einführung: Karl Heinz Martin

**Direktion Dr. Robert Klein**  
**Deutsches Künstler-Theat.**  
 Barbarossa 3937  
 8 1/2 Uhr

**Sex Appeal**  
 Lustsp. v. Frank und Mirschfeld  
 Regie: Peter Lottig  
 Albert Bassermann, Lady Christians

**Berliner Theater**  
 Dönhoff 170  
 8 1/2 Uhr  
**Der Teufelschüler!**  
 Komödie v. Bernard Shaw  
 Regie: Heinz Hilpert

**Hr. Dr. Martin Zickel**  
**Komische Oper**  
 Friedrichstr. 104.  
 Merkur 1401/4330.  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Majestät läßt bitten...**  
 Musik von Walter Kollo.

**Lustspielhaus**  
 Friedrichstr. 236.  
 Bergmann 2922/23.  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Geschäft mit Amerika**  
 Lustspiel von Frank und Mirschfeld

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr  
 Loebinger Straße 87.  
 Die Berliner Posse  
**Rentier Mudioke**  
 und das Riesen-Variete-Programm.  
 Billig! Sommerpreise! Billig!  
 50 Pfg. 1.- Mark 1.50 Mark  
 Sonnabend u. Sonntag kleiner Aufschlag

**GROSSES SCHAUSPIELHAUS**  
**Die lustige Witwe**  
 REGIE: ERIK CHARELL  
 Darsteller: Hesterberg, Hansen, Arno Morgan, Schollwer, Wolfer  
 Gesamtinszenierung: Professor Ernst Stern  
**Nur im Mall**  
 8 Uhr

**Theater i. d. Behrenstr. 53-54**  
 9 Uhr A 4 Zentrum 926-927 9 Uhr  
 Direktion Ralph Arthur Roberts  
**Vögel, die am Morgen singen!**  
 Komödie in 3 Akten von Lonsdale.

**Vorletzte Woche!**  
**Ihre Hoheit - die Tänzerin**  
 Große Operette in 3 Akten.  
 Wochent. 8.15, jeden Sonntag. 5.15 u. 9 Uhr  
 Voranmeldung: Ab 18. Mai  
**"Jenny feigt empor"**  
 Uraufführung von H. A. Kim  
 (Autor von "Mäseken")  
 D 17, Große Frankfurter Str. 132.  
 Billettkasse: Alex. 3422 u. 3494

**Rose THEATER**  
 Dönhoff 170  
 8 1/2 Uhr  
**Der Teufelschüler!**  
 Komödie v. Bernard Shaw  
 Regie: Heinz Hilpert



Vorbildlich in Güte und Paßform • Niedrig im Preise  
**Musterleistungen unserer Betriebe**  
 Hauptpreislagen für Anzüge und Mäntel  
 M. 48.- 58.- 68.- 78.- 88.- 98.- 110.-  
**PEEK & CLOPPENBURG**  
 BERLIN, GERTRAUDEN-STRASSE 25-27

**SCALA**  
 Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr. 8 1/2 Barb. 9236  
 Pr. 1-6 M. Wochent. 5U, 50 Pf. - 3 M.  
**Oscar Sabo u. Lotta Werkmeister**  
 in der Szene beim 6-Tage-Rennen  
 Rigoletto Brothers & Swanson  
 Sisters und 8. Internation. Neohelios.

**PLAZA** Tägl. 5 u. 8 1/2  
 Sonntag. 2, 3 u. 8 1/2  
 Alex. E. 4, 8056  
 Tägl. 8.15 u. d. Sonntags 5 Uhr nachm.  
**Große internationale Ringkämpfe**  
 und erstklassige Variete-Neubelien.  
 Wochent. 5 Uhr u. Sonntag 2 U. nachm.  
 10 Variete-Attraktionen ohne Ringkämpfe

**Reichshallen-Theater**  
 Allabendlich 8 Uhr  
**Steiniger Sänger**  
 „Eine Hochzeit in der Müllerstraße“  
 Th. Zent. 112 63, v. Schloß-Platz.  
 Dönhoff-Brett  
 Varieté - Konzert - Tanz

## Gegen Wanzen Tod und Teufel

Wanzenfluid „Mortol“ tötet jede Wanze auf der Stelle und zerstört die Brutnest reflex. Nicht festsch. überall anwendbar. Flasche Mk. - 85, Mk. 1.50 und Mk. 2.40. In Drogerien erhältlich, sonst durch Otto Reichel, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4.

II. 28829. Wülfelstr. D R A Nr. 59.  
 Verkündet am 14. März 1930.  
 062-7. Schulz, Rechtsanwältin, als Urkundenbeamtin der Geschäftsstelle.  
 In Sachen  
 1. des Schuldverbandes der deutschen Konsum-Industrie e. V., Braunschweig,  
 2. des Vereins Deutscher Konsumvereine e. V., Braunschweig,  
 3. des Reichsverbandes des Deutschen Rohrzucker-Verkehrs e. V., Berlin,  
 4. des Reichsverbandes Deutscher Feinbäckereien e. V., Berlin,  
 5. des Reichsverbandes Deutsches Kaufhaus des Nationalvereins-Gesellsch. und Lebensmittel-Gesellsch. e. V., Berlin,  
 6. des Reichsverbandes des Konsum-Gesellsch. e. V., Berlin,  
 7. des Reichsverbandes Deutscher Zweiggeschäfts-Betriebe im Lebensmittelhandel e. V., Frankfurt a. Main,  
 8. der Ethel-Gesellschaft, Berlin,  
 9. der Konsumvereine-Genossenschaft Deutscher Konsumvereine, Hamburg,  
 10. der Großkauf- und Umlauf-Ges. Deutscher Konsumvereine, AG, Rigaer und Reichenbergerstr.,  
 11. des Verbandes Sächsischer Obst und Gemüse verarbeitender Betriebe und deren Betriebe in Leipzig, vertreten durch seinen Vorstand, Reichenbergerstr.,  
 Urteilsbefugte: Rechtsanwalt Julius Dr. Mittelbach in Leipzig.  
 1. die Firma **Wenz & Co., AG.**, in Berlin N. O., Weitzer, 11-12.  
 2. den Kaufmann **Razi Krüger**, Alleinhaber der gleichnamigen Firma in Berlin C. 2, Neus Friedrichstr. 76.  
 Beflagte und Revisionsbeflagte,  
 Urteilsbefugte: Rechtsanwalt Dr. Fuchsler in Leipzig.  
 bei dem Reichsgericht, II. Zivilsenat,  
 auf die mündliche Verhandlung vom 14. März 1930,  
 unter Mitwirkung des Senatspräsidenten Dr. Wenzel und des Reichsgerichtsrats Dr. Pöschel, Reimann, Seibert, Roth  
 für Recht erkannt:  
 Auf die Revision der Kläger und des Revisionsinstanzien wird das Urteil des II. Zivilsenats des Reichsgerichts zu Berlin vom 29. April 1929, soweit es die Berufung der Kläger und des Revisionsinstanzien zurückweist und im Revisionspunkt aufgehoben. In der Sache selbst wird auf die Berufung des Beklagten des Reichsgerichts II. in S. 2 1/2 vom 7. Juni 1929, soweit es die Beflagten (früher zu 2 und 3) betrifft, dahin abgeändert:  
 Diese Beflagten sind verbunden, Grundstücksgemeinschaft aus geschlossenen Erben oder getrennten Erben zu sein, anzugreifen oder in dem Sinne zu kämpfen, die  
 1. eine Gemeinschaft von frühem Gemüse enthalten, oder  
 2. in zylinderförmigen Behältern enthalten sind oder  
 3. die Aufschrift „Gemüseerben“ oder „Gemischtes Gemüse“ oder „Leipziger Gemüse“ oder Abbildungen von frühem Gemüse tragen.  
 Ferner ist nicht auf den Fall einen in der Größe der Buchstaben mit der übrigen Aufschrift übereinstimmenden Vermerk anzusetzen, daß es sich nicht um feines grünes Gemüse, sondern um getrocknetes oder daß es sich um zylinderförmige handelt. Mit ihrem weitergehenden Antrag werden die Kläger abgewiesen.  
 Den Klägern wird die Befugnis zugesprochen, den einander Teil des Urteils-Inhalts 4. Sätzen nach Aufhebung auf Kosten der Beflagten zu einmal in dem im Urteilsfälligen Urteil angeordneten Zeitungen zu veröffentlichen.  
 Diese Beflagten (früher zu 2 und 3) haben die Rollen der Revisionsinstanz einschließlich derjenigen des Revisionsinstanzien zu zwei Dritteln und den gleichen Teil der durch den Revisionsinstanzien zu enthaltenen Rollen 1. und 2. anzuhängen einschließlich der des Revisionsinstanzien zu tragen, während den Klägern und dem Revisionsinstanzien je ein Drittel der Rollen der Revisionsinstanzien hat, der Revisionsinstanzien in der Revisionsinstanzien und den Klägern ein Drittel der durch die Klage gegen die Beflagten zu 2 und 3 enthaltenen Rollen erster und zweiter Instanz und dem Revisionsinstanzien der gleiche Teil der durch die Revisionsinstanzien in dem Urteilsfälligen gegen diese Beflagten enthaltenen Rollen aufzulegen wird.  
 Das Urteil ist, soweit es den Beflagten zu 2. Kaufmann Razi Krüger, sennt, rechtsunwirksam und nicht vollstreckbar erklärt, den Rechts wegen.

**Gut Alt-Langerwisch bei Potsdam**  
 verkauft  
**Wald- und Garten-Parzellen**  
 für Dauerwohnung und Wochenend  
 in landschaftlich herrlicher Gegend, den Ort von Mk. 150 an. Bahnstation Michendorf, 4 Stationen hinter Wannsee (Vorortbahn Beelitz-Heilstätten). Für Siedler 35 Pfg. Gute Autostrassen über Wannsee, Potsdam oder Zehlendorf - Saarmund. Fertige Strassen, Wasserleitung, elektr. Licht, sofortige Bauerlaubnis, jedoch kein Bauzwang. Keine Provision, keine Vermessungskosten. Boden in bester Kultur. Günstige Zahlungsbedingungen. Unbedingt sichere Kapitalanlage. Bei rechtzeitiger Anmeldung steht Auto am Bahnhof Michendorf kostenfrei zur Verfügung.  
**Verlangen Sie bitte ausführlichen Prospekt** von der Funk'schen Gutsverwaltung, Alt-Langerwisch, Post Michendorf, oder deren Stadtbüro: Berlin NW 7, Friedrich-Ebert-Strasse 25. Fernruf: A 4 Zentrum 5074.  
**Kaufen Sie nicht, bevor Sie bei uns waren.**

**Das preiswerteste Vergnügungs-Restaurant Berlins**  
**BETRIEB KEMPINSKI**

Direktion: Dr. Martin Zickel  
**Komische Oper**  
 Friedrichstr. 104. Merkur 1401 4330.  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Majestät läßt bitten**  
 Musik von Walter Kollo.  
**Lustspielhaus**  
 Friedrichstr. 236. Bergmann 2922/23.  
 8 1/2 Uhr  
**Geschäft mit Amerika.**  
 Vorverkauf in beiden Häusern ab 10 Uhr ununterbrochen.

**Metropol-Th.**  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Der Bettelstudent**  
 Carls, Schützendorf, Paffers, Liebstein  
**Trianon-Theater**  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Ein galantes Abenteuer!**

**Kleines Theat.**  
 Merkur 1624  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Leitende Woche!**  
**Gastspiel Gisela Werbestrick**  
 Meyer's sel. Witwe  
 Schwank von Fritz Friedmann-Friedrich.

**Lessing-Theater**  
 Weidendamm 2797 u. 2846  
 Täglich 8 1/2 Uhr.  
**Frau Peters hat einen Geliebten**  
 v. Louis Verneuil mit Erika von Thellmann Louis Verneuil

**Theater am Schiffbauerdamm**  
 Gastspiel d. kleinen Theaters  
 8 1/2 Uhr  
**Madame hat Ausgang**  
 Komödie in 6 Bild.  
 Vorverk ununterbr. Norden 281 u. 1141

**Operettenhaus**  
 Alte Jakobstr. 30/32  
**(Zentral-Theater)**  
 Dönh. 2947  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Frühlingsmädel**  
 Operette von Lohar mit Lilly Fohr, Ilse Muth, Lukas, Hoesenclaus.  
 Rundfunkhöre: halbe Preise.

**Theat. u. Konz. Tor**  
 Konb. Str. 6  
 Tägl. 8 Uhr  
**Elite-Sänger.**  
 Mal-Festspiele  
 Besetzt bringt Minister Vorzeiger dieses Inserats Vorzugspreise.

**Wo spielt man gut und billig?**  
 In der **Gross-Berlin**  
 Alexanderplatz

Unsere liebe, gute, allezeit um uns besorgte Mutter  
**Auguste Hengst geb. Biedersiedt**  
 Schöneberg, Feuerstraße 66, ist nach schwerem, tapfer und geduldig getragenen Leiden in der Nacht zum 7. Mai im 74. Lebensjahre verstorben.  
**Geschwister Hengst und Familien**  
 Von Beileidsbesuchen bitte abzusehen.  
 Die Beisetzung findet am Sonnabend, 10. Mai, 13 1/2 Uhr, auf dem alten Schöneberger Friedhof, Hauptstraße, statt.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin  
**Todesanzeigen**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Redakteur der Schlichter  
**Ernst Köppen**  
 geb. 22. Februar 1865, am 3. Mai erstarben ist.  
 Die Beisetzung findet am Freitag, dem 9. Mai, 13 1/2 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße statt.  
 Am 5. Mai fand unter Redakteur der Schlichter  
**Walter Sandgrabe**  
 geb. 19. Mai 1868.  
 Die Beisetzung findet am Sonnabend, dem 10. Mai, 17 1/2 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße statt.  
 Ihre Ihren Bekannten! Nege Beteiligung wird erwartet.  
 Die Ortsverwaltung

**Dem Boden macht das Wasser nichts**  
 er ist mit LOBA-Beize, der wasserrechten, behandelt, und sogar ein pudelwasser Regen-schirm hinterläßt auf ihm keine Flecken.  
 LOBA-Beize dringt sofort in das Holz ein, nährt es, färbt und gibt Hochglanz, ist tatsächlich naß wischbar und dabei sehr sparsam im Gebrauch. Nehmen Sie allein das Farb-bohnerwachs  
**LOBA die wasserrechte Beize**

# Kurt Rudolf Neubert: Ein Wiedersehen

Man konnte sie jeden Abend in einer eleganten Tanzbar des Berliner Westens treffen. Das nette, adrette Fräulein im schwarzen Kleid, eine weiße Schürze darüber und auf dem dunkelblonden Kopf ein weißes Häubchen, dieses Fräulein mit einem großen Tablett beladen und zwischen Stühlen und Tischen wandelnd, diskret „Zigaretten! Zigaretten! Zigaretten!“ anpreisend, war Anni. Vorher war sie als Kontoristin, Kinderfräulein, Wirtschafterin tätig gewesen, sie war auch schon in die Fabrik gegangen.

Anni hatte ein Verhältnis mit Karl, sie gingen schon drei Jahre zusammen, hatten sich unverändert lieb, nur heiraten konnten sie nicht. Karl war ein kleiner Angestellter, der vorläufig gar nicht daran denken konnte, einen so bedeutungsvollen Schritt wie eine Heirat in die graue, ungewisse Zukunft zu wagen.

Er hatte zuletzt auch nichts mehr dagegen einzuwenden gehabt, als Anni nach längerer Stellunglosigkeit die weiße Schürze über ihr Kleid band und den Zigarettenkasten anschaffte. Es war egal, wie man sein Brot verdiente, nur ehrlich mußte man es verdienen.

So schleppte sie nun ihren Kasten von acht Uhr abends bis drei Uhr nachts. Sie verdiente wenig, aber es war doch — etwas. Im Anfang verwirrte sie die Atmosphäre ihres neuen „Berufes“, es gab kleine Demütigungen, und es lockten keine Abenteuer, aber ihre Treue blieb bei Karl. Sie brachte ihm manchmal einen fremden Duft mit aus jener Atmosphäre, in der sie nun von acht Uhr abends bis drei Uhr nachts lebte, als Zigarettenmädchen. Es war eine Sehnsucht nach Wohlleben, die sich in ihre Kleider gehangen hatte. Karl hatte dann eine Falke auf der Stirn . . .

Es gab bald Tage, wo Anni erst am späten Nachmittag das Bett verließ und mit Lindenhogen an ihren Zigarettenkasten dachte. Eigentlich mußte sie sich doch sehr quälen. Der Verdienst war gering. Und die Nacharbeit bekam ihr gar nicht. Ach, wenn man Glück hätte . . .

Wenn sie dann spät ihre kleinen Prozente berechnete und der Traggurt des Koffers ihre müden Schultern drückte, dann sah sie wohl auf die nackten Schultern der Frauen dort an der Bar und hörte Stimmen rechnen von anderen Prozenten, viel größeren.

Barfrau dachte sie und erschauerte. Gleich schob sie dieses Bild weit von sich. Sie lächelte es gewissermaßen mit dem Gedanken an Karl aus. Aber das Bild tauchte immer wieder auf. Sie sah sich an der Bar, ihre Schultern waren entblößt, ein Lächeln stand in ihrem Gesicht, das sie jetzt noch nicht lächeln konnte, und sie wechselte Hunderte . . .

Karl fühlte, daß sie sich mit etwas schleppte, aber sie mochte ihm nichts sagen. Sie wurden sich manchmal ganz fremd, und dann fielen sie sich wieder um so leidenschaftlicher in die Arme. „Sie erinnert dir!“ dachte Karl nach solchen Aufwallungen. „Mehr verdienen!“ grübelte er. „Mehr verdienen!“

„. . . Komm doch zu uns!“ sagte eines Abends das Barmädchen Lotte zu Anni, die müde ihren Koffer auf den Tisch stellte und ihr Geld nachzählte, „willst du dich noch lange mit dem Kasten quälen?“

„Ich weiß nicht,“ sagte Anni geistesabwesend. Sie empfand einen Schmerz. Im Herzen und mehr noch an der Stelle, wo der Traggurt des Koffers sie drückte. Diese Stelle drückte von Woche zu Woche mehr, ihre Schultern zitterten immer müder, schlüchziger . . .

Nachts dachte sie über Lottes Worte nach. Wäre es so schlimm, wenn sie mal ein Jahr oder zwei zur Bar ginge, um mehr zu verdienen? Mußte man deshalb gleich so werden wie Lotte? Sie konnte mehr verdienen und das Leben wäre leichter, lustiger. Lustiger sein! dachte sie oft. Es war ja alles so schwer.

Wenn sie bei Karl war, erschauerte sie, daß ihr solche Gedanken kamen. Sie hatte Angst und war jetzt oft demütig.

Aber eines Tages, als sie für den Abend Vertretung in der Bar gefunden hatte und mit Karl einen Ausflugsort vor Berlin

besuchte, da sagte sie es ihm. Sie lagen irgendwo im Walde. Karl hatte vorsorglich eine Decke mitgenommen und Proviand in einem kleinen Koffer. Er bot ihr gerade ein Butterbrötchen an, als sie zu reden begann.

„Karl, sei mir nicht böse, ich denke oft, wenn wir so Pläne machen und rechnen und doch nicht wissen, wann wir heiraten werden . . .“

Karl hielt immer noch das Brötchen in der Hand. Als sie vom Nichtheiratenanfang anging, legte er sich lang hin und streckte die Hände unter den Kopf. „Jetzt kommt etwas,“ dachte er, „jetzt . . .“

Seine läche Bewegung hatte Anni verwirrt. Sie atmete tief: Mut! „Ich meine, daß ich mehr verdienen muß, Karl. Ich könnte es auch, ich hab' es mir lange überlegt, jetzt muß ich mit dir darüber sprechen . . .“

„Und?“ fragte Karl leise. Sie hatte erst lange Umwege machen, ihm alles ausführlich erklären, ihn gewissermaßen schonend vorbereiten wollen. Jetzt, wo er neben ihr lag, die Arme unter dem Kopf und die Augen irgendwo in den Baumkronen, als läche er nur einem Eichhörnchen zu, jetzt fand sie die Worte nicht, sie hatte nur das Verlangen, sich an ihn zu pressen, ihn zu küssen, aber da sagte sie plötzlich aus diesem Verlangen heraus: „Ich will zur Bar, Karl.“

Schweigen neben ihr. Sprachloses Grauen. „Karl!“

Karl schwieg noch immer. Da begann sie zu reden. Die Worte strömten ihr jetzt nur so zu: Sie würde mehr verdienen, sie könnten zusammen bleiben, er dachte doch nicht etwa, daß sie . . . daß sie . . .

„Karl!“ schrie sie auf. „Ich hab' dich noch nie betrogen!“ Karl richtete sich auf. Sein Gesicht sah wie nach einer langen Nacht aus, wie nach einem Besuch beim Schatzgräber oder bei einem Bogkampf, zerrädert, zerkämpft, müde —

„Es kommt, wie's kommen muß,“ meinte er resigniert, „ich habe es manchmal geahnt . . . Aber . . . wenn du meinst . . . daß . . . du . . . dort dein Glück machst, Anni, dann . . . geh . . .“

„Bist du mir vertraut?“ fragte sie, sich ängstlich über ihn neigend. „Das ist alles aus, Anni.“

Sie hatte Tränen in den Augen und beschwor ihn: „Aber du tuft mir Unrecht, Karl!“ Er lächelte, und er machte eine ihr fremde Geste, er kippte lose über ihr vermeintes Gesicht: „Barmädchen!“

. . . Nun war Anni Barmädchen. Sie lernte Lottes Lächeln und scharfe Blicke vertragen. Auch andere scharfe Sachen. „Rein äußerlich!“ dachte sie im Anfang, „es kommt nichts an mich heran.“ Sie hatte die ehrlichste Absicht. Kein Mensch durfte davon zweifeln. Auch Karl nicht. Aber der war verschollen. Sie trug es und hoffte auf später. Die neue Tätigkeit half ihr darüber hinweg. Es war alles so anders. Es gab Situationen, die sie früher nicht gekannt hatte. Sie mußte etwas sein, das sie früher nie gewesen war, ein stets lächelnder, sprunghafter Mensch, der auf Leute lauerte. Sie mußte dabei noch auspassen, daß sie nicht selber Beute wurde. Sie mußte sich auf die Männer stützen und sie locken: „Guten Cherry-Cobbler vielleicht?“ Sie mußte mit den Augen locken und mit den Schultern. Sie mußte ihre Beine gebrauchen und schlüpfrige Redensarten. Sie trank mit Schauspielern, Bankleuten, Rechtsanwälten, Industriellen, Reisenden, Kaufleuten, größeren und kleineren. Sie sah auf ihren Knieen und nahm Einladungen entgegen für später. Und dann entwickelte sie mit großer Mühe durch irgendeinen Nebenausgang. Bisher gab es immer noch einen Nebenausgang, eine Ausrufe . . .

(Schluß folgt.)

Tagen und die Gedanken sind leicht und froh. Ich bin auch nicht sehr bekümmert meiner Lage wegen. Die Gedanken hüpfen und tanzen nur so dahin. „Wenn man kein Geld hat, kann man nichts verlieren. . . Ist die Tasche leer, hat man leichter zu tragen. . .“ Die Gedanken haben eine eigene Melodie und meine Füße gehen danach, ein wenig tänzelnd, und dazu singt es weiter in mir.

Ja einmal, ach das ist schon lange her, nein nicht einmal nur 1 1/2 Jahre, aber was alles dazwischen liegt, da hatte ich auch dieses herrliche Gefühl der vollkommensten Wahrheit. Damals war's an einem trüben Tag, Ende August oder Anfang September. Es regnete nicht gerade, aber es rieselte den ganzen Tag. Ich war von Hause davon gelaufen und sah nun da, beinahe ohne Geld, fast wie heute, ja . . .

Irgendwohin war ich gegangen, um mich wegen einer Verdienstmöglichkeit zu erkundigen, erfolglos. Ich sollte nun zu Freunden, mich mit ihnen zu beraten.

Mein Weg geht über den Raschmarkt. (Es war in Wien.) In den Buden ist herrliches Obst ausgestellt. Ich bleibe bei jeder zweiten, dritten Bude stehen und betrachte immer wieder sehnsüchtig riesige Pfirsiche und gelbe Birnen zu Bergen geschichtet, jedes Stück in einer schließenden Zelle aus Papier legend.

In einer Querstraße stehen große Abfallkästen. Burschen und Frauen stehen um sie herum. Ein Riese kommt aus einer der Obstbuden heraus und schüttet davor den Inhalt einer Kiste aus. „Pfirsiche, oh, Pfirsiche.“ Sie haben alle braune Flecken, sind ein wenig angefault, aber sie sind doch so, daß ich gerne davon möchte. Die Burschen und Frauen bücken sich nach ihnen rasch, rasch. Ich stehe da und sehe zu. Ich möchte mir auch gerne ein oder zwei nehmen, aber ich schäme mich etwas. Ein Bursche, der neben mir steht, gibt mir plötzlich einen leichten Stoß. „Hier“, sagt er und hält mir zwei herrliche große Pfirsiche hin. Ich nehme sie einfach und sage nur „danke“.

Im nächsten Moment belche ich schon hinein, und der Saft tropft mir von den Fingern. Dann gehe ich weiter durch die Straßen am Markt. Ich spüre die feuchte Luft und den leichten Regen anders als vorher und die Straßen, die naß und schmutzig sind. Einen Moment lang war ich arm und demütig wie die Kermsen der Armen. Mein ruhiges Leben ohne Wagnis aber voll Sicherheit und Schwere liegt weit weg. Mir ist wunderbar leicht und froh. Ich liebe den leichten Regen, der meine Wangen und meine Hände ein wenig feucht macht. Alles, was um mich ist, was ich sonst kaum sehe, was mir fremd ist, weht in mir Liebe und Zärtlichkeit.

Ich werde bei meinen Freunden sagen, daß ich voll Hoffnung und guten Muts bin. Aber sonderbar, schon auf der Treppe beginnt dieses Gefühl schwächer und schwächer zu werden. Oben kann ich nichts von dem sagen, was mich noch vor wenigen Minuten so beglückte.

Viel rascher als jede andere Materie bringen Gedanken vor. Sie kommen und verdrängen andere, die uns eben noch erfreuten und mit Glück erfüllen. . . Sie überfallen mich aus den Verwandtenbildern an den Wänden, sie kommen aus den bekümmerten Gesichtern meiner Freunde, die ihre feste Meinung haben: „Man gehört zu seiner Familie nach Hause.“ Mit der Luft, die ich atme, nehme ich sie in mich auf. . .

Aber dann, dann kommt trotz alledem eines Tages der Sprung hinaus aus der ruhigen Sicherheit. . . Und jetzt auf der Straße vor dem Theater ist es mir wieder eingefallen. Ja, damals, das war der Anfang. . .

## Erziehung zum Leben

### Eine Mahnung Sigmund Freuds

In seinem neuen, bedeutenden Werk „Das Unbehagen in der Kultur“, das hier schon gewürdigt wurde, läßt der Entdecker der Psychoanalyse an einer sehr bemerkenswerten Stelle seine Ansicht über moderne Erziehungsprobleme erkennen, die um so wertvoller erscheint, als Freud bisher zu aktuellen pädagogischen Fragen in seinen Schriften nur sehr selten Stellung genommen hat. Freud kommt in seinem Buch bekanntlich zu dem Resultat, daß als eine der häufigsten Ursachen nervöser Störungen und der allgemeinen Glücks-einbuße in der Welt ein unbewusstes Schuldgefühl anzusehen ist, das er als Angst vor dem „Lieber-Jah“, vor den allzu mächtigen Widerständen von außen erklärt, die durch das Fortschreiten der Kultur nur noch vermehrt werden. Freud erhebt nun den Vorwurf gegen die noch heute übliche Erziehung, daß sie darin sündigt, weil sie die Jugend nicht auf den Lebenskampf vorbereitet, dessen Objekt sie zu werden bestimmt ist. „Indem sie die Jugend mit so unrichtiger psychologischer Orientierung ins Leben entläßt, benimmt sich die Erziehung nicht anders, als wenn man Leute, die auf eine Polarexpedition gehen, mit Sommerkleidern und Karten für die oberitalienischen Seen ausrüsten würde.“ Freud verlangt, daß man die Jugend schon frühzeitig auf den Lebenskampf vorbereiten müsse. Man gaulere der Jugend in der Schule statt dessen eine Welt von sittlichen Werten vor, lehre sie, an diese zu glauben und entläßt sie ungewappnet als weltfremde Idealisten, in der Hoffnung, so die Menschen zu bessern.

Freud wendet sich damit scharf gegen eine in der Tat auch heute noch starke Strömung einer idealistischen, dem Leben abgewandten Erziehung, wie sie etwa dem Lehrplan des humanistischen Gymnasiums entspricht und verlangt ganz im Sinne der sozialdemokratischen Forderungen eine bewusste Erziehung zum Leben, die besonders in den wirtschaftlich so schwierigen Zeiten der Gegenwart notwendig ist. Ihr Ziel muß eine verstärkte Unterweisung in praktischer und anschaulicher Arbeit (Wertunterricht) sein. Auch in der sittlichen Ausbildung darf es keine Schönfärberei, keine Verfälschung der Wirklichkeit geben. Schon frühzeitig muß die Erziehung fähig machen für den Kampf aller gegen alle, den das Leben notwendig mit sich bringt. In demselben Wert lobt Freud es übrigens auch, daß die Schule dem jugendlichen Menschen verheimlicht, welche überragende Rolle die Sexualität in seinem Leben spielen wird.

Dr. Willy Blumenthal.

## Der Ausfall in Deutschland.

Die furchtbare Krankheit des Ausfalls ist glücklicherweise bei uns auf ganz wenige Fälle beschränkt. Nach einer Uebersicht über das Jahre 1929, die in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ mitgeteilt wird, gab es Ende 1929 im Deutschen Reich nur acht in Behandlung befindliche Ausfallkranke, davon drei in Hamburg, zwei in Preußen, in Lippe und Württemberg. Die Zahl hat sich gegen 1928 um eine Person vermindert. Bei einem in Hemsbatd anfalligen Kaufmann, der im Tropenengebiet zu Tübingen 1919 zum erstenmal wegen Ausfall aufgenommen und im Jahre 1923 als symptomfrei entlassen worden war, wurden 1929 wieder Erscheinungen festgestellt. Nach wiederholter Behandlung in Tübingen konnte er am Ende des Berichtsjahres als anstufungslos in seine Heimat zurückkehren.

## André Maurois: Sich erneuern

André Maurois, der berühmte französische Dichter, Verfasser eines glänzenden Buches über Dostojewski und des Romans „Wandlungen der Liebe“, der auch in Deutschland Aufsehen erregte, befindet sich seit einigen Tagen in Berlin. Wir geben unseren Lesern hier eine kleine Probe seiner Kunst als Beobachter.

Die Gründe, aus denen eine Frau schon bei der ersten Begegnung gefüllt, sind geheimnisvoll und verschieden. Manchmal ist es ihre Schönheit, manchmal ihr Geist, manchmal ihre Häßlichkeit. Oft bleiben die Zuschauer, die von außen her die Geburt einer großen Liebe sehen, erstaunt. „Warum,“ fragen sie, „sie hat nichts Bemerkenswertes. Er ist hundertmal mehr wert als sie. Wie festelt sie ihn?“ Das liegt daran, daß in der Liebe die Begleitumstände noch wichtiger sind als die Personen. Ein Frühlingsabend, ein gut geschnittenes Kleid, der Klang einer Stimme, eine Geste können für zwei Leben entscheidend sein.

Aber einen Abend gefallen ist nichts. Es muß von Dauer sein. Doch das Gesetz von der Abnutzung der Erregungen ist ein strenges und hartes Gesetz. Es ist möglich, daß man das Gefühl, das einem als das schönste erschien, nach drei Jahren, fünf Jahren, zehn Jahren mit Gleichgültigkeit betrachtet, vielleicht sogar mit Langeweile. „Wie schön ist Ihre Frau!“, sagen die Fremden zu einem Ehemann. — „Ja,“ antwortet er mit einer stolzen Gleichgültigkeit, aber er selbst sieht nicht mehr, daß sie schön ist.

Sogar die Intelligenz hört auf, uns zu überraschen. Jedes Wesen hat seine Reichtümer, seinen Geheimnis, den es während eines ganzen Lebens aufhäuft hat. Zu Beginn einer Liebe gibt es ihn mit prachtvoller und unvorsichtiger Großzügigkeit aus. Schließlich sind alle Erinnerungen erzählt, alle Gedanken ausgedrückt, alle Kenntnisse ausgebreitet. Ein großartiges Feuerwerk wird von einem leidenschaftlichen Feuerwerker abgebrannt, der nicht sieht, daß keine Magazine schon leer sind. Nach soviel Glanz überrosten Langeweile und Stillschweigen noch mehr. Mann und Frau sind noch voll guten Willens und wünschen noch zu gefallen, aber sie stellen alle beide mit Ueberbahrung fest, daß sie sich nichts Großes mehr zu sagen haben. Ohne Zweifel bleibt noch das tägliche Leben, die Kleinigkeiten des Hauses, die Kinder, die Bücher, die man gelesen, die bösen Jungen, die man gehört hat, die Zeitungen. Aber der Geist lebt von Tag zu Tag nur noch von dem, was er einnimmt; das Kapital ist verschwunden. Mühseliges, gefährliches Leben. Nun kommt der Fremde vorüber, das neue Wesen, so reich an unbekanntem Wirklichkeiten. Wie soll man anlämpfen gegen seinen Zauber?

Das Rezept ist zugleich einfach auszusprechen und schwierig auszuführen. Man muß sich um jeden Preis erneuern. Keine Frau, so schön, so glänzend sie auch sein mag, kann für immer gefallen, wenn sie unbeweglich ist. Wenn sie vermeiden will, daß eine andere

an ihre Stelle tritt, so muß sie selbst diese andere werden. Ueber eine Ehe, die in sich eingesperrt lebt, in ihre Liebe eingeschlossen, ist das Urteil schon gesprochen. Bei den Ehepaaren, die zu sehr für sich allein sind, schießt die Langeweile heroor wie Pilze auf einem feuchten Acker. Das Heilmittel besteht darin, selbst bei der leidenschaftlichsten Liebe eine gewisse geheime Unabhängigkeit des Geistes und persönliche Handlungsfreiheit zu bewahren.

Wenn Mann und Frau immer die gleichen Leute, die gleichen Dinge sehen, wenn die Frau in ihrer geistigen Nahrung völlig von ihrem Manne abhängt, was können sie sich dann gegenseitig bieten? Ich habe viele glückliche Ehen gesehen, wo Mann und Frau arbeiteten, jeder an seiner Stelle, und sich am Abend darin gefielen, Berichte anzuhören und zu geben. Das ist die eine Methode. In den Ehen, in denen beide Teile keiner Beschäftigung nachgehen, muß man den Mut aufbringen, sich manchmal zu trennen. Eiferer sind ebenso notwendig wie Schulferien. Der Gatte, der das leere Haus kennen gelernt hat, die Trostlosigkeit einsamer Abende, kommt schließlich dahin, die Rückkehr derjenigen zu wünschen, auf deren Abreise er sich gestreut hatte.

Uebrigens ist es nicht immer nötig, daß die Abreise tatsächlich ist. Es gibt vorgetäushtes Entweichen und eingebildete Reisen. Die Frau soll dann aus ihrer Lektüre oder ihren Träumen die Erinnerung an eine neue Welt mitzubringen wissen. Sie soll lernen, mit Worten zu malen, was sie gesehen hat. Dann wird sie die Freude haben, die Augen, die seit langer Zeit zerstreut und gleichgültig geworden waren, plötzlich wieder mit einer Regung von Aufmerksamkeit auf sich geheset zu finden. Sie wird dann den größten Feind der Liebe beslegt haben: die Gewohnheit. Sich erneuern, das ist das erste Gebot der schwierigen Kunst zu gefallen.

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Rudolf Enig.)

## Dagmar Sperrk: Der Anfang

Ich stehe auf der Straße vor dem Theater. Jetzt weiß ich es endlich: Ich werde auf meine Beschäftigung noch einen bis zwei Monate warten müssen. Ich habe keine Wohnung und in meiner Tasche fast kein Geld. Noch fünf oder sechs Nächte im Schlafraum eines Rossenquartiers, dann . . .

Die Straße ist etwas feucht, besonders im Schatten, aber der Himmel ist blau und diese bezaubernde Märzsonne, die ich wenig, nur ganz wenig durch meine Kleider spüre. Der Wind streicht mir um die Wangen und spielt mit meinen Haaren und das alles erfüllt mich so mit Entzücken wie Zärtlichkeit von sehr geliebter Hand. Das ist ein herrlicher Tag. Ich fühle alles wie durch eine ganz feine, dünne Haut. Meins Sinne sind wunderbar wach, wie sie's sonst nicht sind. So spüre ich Sonne und Wind nicht an allen

# Öffentliche Werks-Gesellschaften.

Von Stadtkämmerer Bruno Asch, Frankfurt a. M.

Die Umwandlung von Regiebetrieben in selbständige Gesellschaften wird gegenwärtig in einer Reihe von großen Städten diskutiert und betrieben. Es handelt sich dabei in erster Linie um die großen Versorgungsunternehmen, die Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke und Straßenbahnen. In der Mehrzahl der deutschen Städte werden diese Wirtschaftsbetriebe heute noch in der Form von Regiebetrieben geführt, d. h. als Betriebe, die in einem unmittelbaren Verhältnis zu der betreffenden öffentlichen Körperschaft stehen und keine eigene Rechtspersönlichkeit haben. Wenn diese Umwandlungsaktion im Zusammenhang mit dem Kapitalbedarf der öffentlichen Hand in den letzten Monaten in besonders starkem Maße betrieben wird, so ist sie doch keine neuartige Erscheinung. Der preussische Staat hat bereits vor längerer Zeit seine Elektrizitätsinteressen in der Preußen-Elektra, seine bergbaulichen Unternehmungen in der Preussag in die Form einer selbständigen Gesellschaft übergeführt. Die sächsischen Werke A. G., das Bayern-Werk, das Baden-Werk und andere zeigen, daß auch die übrigen Länder ähnliche Wege beschritten haben. Die großen Reichsunternehmen, wie bei Elektrowerke, die Reichskredit-Actiengesellschaft werden in der Gesellschaftsform geführt. Berlin hat seine Versorgungsbetriebe seit Jahren in derselben Richtung entwickelt, ebenso eine Reihe anderer deutscher Städte

mit sich, daß die Kapitalnachfrage der Versorgungsbetriebe und der Verkehrsunternehmen ein besonders großes Ausmaß annimmt. Die Bereitstellung der erforderlichen Mittel auf dem Wege über die unmittelbare Kreditanspruchnahme der öffentlichen Körperschaften hat sich immer schwieriger gestaltet. Dies hängt einerseits mit der Größenordnung des in Frage kommenden Kapitalbedarfs zusammen, andererseits aber auch mit den besonderen Schwierigkeiten, die sich gerade bei der Befriedigung des Kreditbedarfs der öffentlichen Hand in der Nachkriegszeit ergeben haben.

Hier ist es nicht nur eine weit verbreitete Zurückhaltung des Publikums bei der Anlage in öffentlichen Anteilen, die zu einer Erschwerung bei der Kapitalaufnahme führt, oder die Enge des deutschen Kapitalmarktes, die an sich die Bereitstellung der erforderlichen Mittel verhindert, sondern vor allem die durch die Beratungskommission herbeigeführte Abschnürung der öffentlichen Hand vom ausländischen Kapitalmarkt, die sich auf das empfindlichste bemerkbar macht. Unter diesen Umständen hat sich als Ausweg die Selbstständigung der großen öffentlichen Betriebe in der Form einer Aktiengesellschaft oder G. m. b. H. mit ausreichendem Eigenkapital ergeben, da erfahrungsgemäß die Hereinnahme größerer Kredite bei selbständigen Unternehmen sich leichter durchzuführen läßt als auf dem Wege über die Kreditanspruchnahme der öffentlichen Körperschaften. Der neueste Kredit der Bewag ist dafür wieder ein einleuchtender Beweis.

Es ist wahrnehmbar, daß diese Bewegung in nächster Zeit nicht zum Stillstand kommen, sondern sich in größerem Umfang fortsetzen wird. Dies ist um so wahrscheinlicher, als nicht damit zu rechnen ist, daß der Kapitalbedarf dieser Betriebe in absehbarer Zeit wesentlich abnehmen wird. Die Befriedigung desselben durch die öffentliche Körperschaft selbst ist aber auf die Dauer unmöglich, da die Durchführung aller anderen außerordentlichen öffentlichen Aufgaben nottun müßte, wenn allein durch den Bedarf der Werke die Emissionsmöglichkeiten der öffentlichen Hand nahezu erschöpft werden.

Grundsätzlich ist kein Einwand gegen die Selbstständigung der Betriebe zu erheben, soweit es sich nur um einen Formwandel handelt. Wenn heute doch schon eine gewisse Opposition geltend macht, so ist dies in erster Linie auf Bedenken zurückzuführen, die bei dieser Betriebsform eine starke Einschränkung der öffentlichen Kontrolle insbesondere auf Grund verschiedener Vorurteile der letzten Jahre befürchten und

## die demokratische Einwirkungsmöglichkeit auf die Betriebe

wesentlich beeinträchtigt sehen. Daß dies tatsächlich heute bei einer Reihe in der Gesellschaftsform betriebener öffentlicher Unternehmen zutreffend ist, kann nicht bestritten werden. Es braucht aber nicht der Fall zu sein, da es ausreichende Sicherungen dafür gibt, um den Einfluß der öffentlichen Hand auch bei der Führung von Gesellschaftsunternehmen sicherzustellen. Diesen Einfluß und diese Kontrolle wird man um so mehr fördern müssen, wenn man verhindern will, daß durch diese Unternehmen eine ungesunde und finanziell gefährliche Expansionspolitik betrieben wird, ohne daß die Kontrolle der Öffentlichkeit einsetzt. Dies ist um so wichtiger, weil die öffentlichen Körperschaften bei ihren öffentlichen Betrieben, die in der Gesellschaftsform betrieben werden, für die Verbindlichkeiten derselben doch einstehen müssen, wenn sie sich die Unternehmen selbst nicht entgelten lassen wollen. Es ist aber durchaus möglich und rechtlich einwandfrei durchführbar, durch geeignete Vorschriften in Gesellschaftsstatut und durch Verträge zwischen Gesellschaft und öffentlicher Körperschaft diese Kontrolle und rechtzeitige Einwirkung der öffentlichen Hand zu gewährleisten.

Die Gemeindeparlamente werden gerade dieser Aufgabe bei Umwandlung von Regiebetrieben besondere Aufmerksamkeit zuwenden und die an einzelnen Stellen bereits gewonnenen Erfahrungen entsprechend verwerten müssen.

## Der wesentlichste Grund für die Selbstständigung der öffentlichen Betriebe

ist ursprünglich darin zu suchen, daß ihnen auf diese Weise eine wirtschaftliche Betriebsführung erleichtert und eine größere Bewegungsfreiheit und Entschlußbereitschaft gewährleistet werden sollten, als sie mit dem Regiebetrieb vereinbar wären. Dieses Ziel läßt sich zweifellos in erheblichem Umfang erreichen, wenn durch die Umgestaltung in eine nach dem Handelsrecht organisierte Gesellschaft alle Vorteile einer kaufmännischen Wirtschaftsführung erreicht werden. Dabei besteht allerdings die Gefahr, daß diese Selbstständigung auch zu einer Loslösung von dem Interessentkreis der öffentlichen Körperschaft führt und außerdem der Einblick der Öffentlichkeit in die Wirtschaftsführung wesentlich herabgemindert wird oder ganz verloren geht. Nachteile, die bei einem von der öffentlichen Hand kontrollierten Unternehmen durch geeignete Maßnahmen unbedingt vermieden werden müssen und können.

Ein anderes sehr wesentliches Motiv für die Schaffung der neuen Rechtsform war und ist die dadurch eröffnete Möglichkeit einer

## engen Zusammenarbeit mit benachbarten Unternehmen

der gleichen Art. Die Notwendigkeit, auch bei den örtlichen Versorgungsbetrieben in immer stärkerem Maße über die Grenze des Ortsbereichs hinauszugreifen und die Zusammenarbeit über größere Bezirke zu organisieren, ist unbestritten. Dieser Aufgabe können aber Regiebetriebe entweder gar nicht oder doch nur in sehr beschränktem Maße nachkommen, so daß sich gerade aus diesen Erfordernissen der modernen Wirtschaftsgestaltung heraus wiederholt das Bedürfnis ergab, eine Rechtsform zu wählen, die diese Kooperation ermöglicht oder erleichtert.

Ein sehr wesentlicher Grund aber, der im Laufe der letzten Jahre in immer stärkerem Maße in den Vordergrund getreten ist und die letzten Transaktionen in Dresden, Kassel, Halle und Wiesbaden ausgelöst hat, besteht auf dem Gebiete der Kapitalbeschaffung. Die großen Versorgungsbetriebe der öffentlichen Hand zeichnen sich dadurch aus, daß sie

## einen besonders starken Kapitalbedarf

aufweisen. Das ist eine Erscheinung, die wir bei den Versorgungsunternehmen aller kapitalistischen Länder finden, gleichgültig, ob die Betriebe sich in öffentlicher oder privater Hand befinden.

Die starke Entwicklung der Städte, der unvorstellbare Prozeß der Elektrifizierung unserer Wirtschaft bringen es

trauf ausgewirkt, denn der Geschäftsbericht weist auf Produktions-einschränkungen im Leonardwert hin. Auch erwartet die Verwaltung, daß der im letzten Düngejahr erzielte Rekordumsatz infolge der allgemein ungünstigen Lage der Landwirtschaft nicht aufrecht-erhalten werden kann. Wie nicht anders zu erwarten war, zeigt sich die Vermaltung des Farbentrusts für eine Aufstockung der Kunstseidenzölle ein, da den Herren offenbar die internationalen Verhandlungen zur Schlichtung

## eines europäisches Kartellringes

offenbar nicht schnell genug voranreiten gehen. Während die Konjunktur im Photogeschäft auch im letzten Jahr anhielt, hat das weitere Vordringen des Tonfilms auf die Filmproduktion doch stärkere Rückwirkungen ausgeübt.

Ueber die Entwicklung der Kohleerzeugung (Gewinnung von künstlichem Benzin) äußert sich der Geschäftsbericht sehr vorsichtig. Ganz offensichtlich haben sich hier die Erwartungen der Verwaltung nicht erfüllt, da angesichts der in der ganzen Welt vorherrschenden Ueberproduktion an Kohöl sich die Produktionskosten des künstlichen Benzins heute noch zu hoch stellen. Dagegen wird das große Vorkommen mit der Standard Oil Comp. in den Vereinigten Staaten sehr optimistisch beurteilt. — Die Entwicklung in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres ist trotz der allgemeinen Depression befriedigend gewesen.

## Die Konzentration marschiert. Mit Riesenschritten in USA.

Karl Marx braucht in Amerika nicht geizig zu werden; das Konzentrationsgesetz gilt trotzdem dort, und zwar mit vermehrter Wucht. Die „Kölnische Zeitung“ läßt sich aus Washington berichten, daß 2021 Gesellschaften mit einem Kapital von 21,65 Milliarden Dollar — fast 90 Milliarden Mark — von 271 Kontrollgesellschaften beherrscht sind. Folgende Tabelle ist sehr instruktiv:

Industrie	Zahl der Gesellsch.	Kontroll-Gesellsch.	Marktwert d. Substanzaktien in Dollar
Kupfer . . . . .	67	12	1 450 000 000
Chemikalien . . . . .	189	17	1 902 177 000
Landwirtschaftliche Maschinen . . . . .	87	10	641 899 000
Eisen und Stahl . . . . .	217	25	2 114 115 000
Automobile . . . . .	187	23	2 630 359 000
Gummireifen . . . . .	115	13	945 063 000
Elektrische Ausrüstung . . . . .	71	11	2 319 000 000
Nahrungsm., Mehl u. Bäckerei . . . . .	95	9	637 000 000
Candy & Soft Drinks . . . . .	43	9	392 595 000
Waldwirtschaft . . . . .	296	6	530 118 000
Chemikalien . . . . .	119	15	1 471 142 000
Fleischpacker . . . . .	203	8	291 049 000
Bahn-ausrüstung . . . . .	131	17	845 139 000
Telephon und Telegraph . . . . .	627	3	4 433 643 000
Film . . . . .	74	6	393 296 000
Autoausrüstung . . . . .	160	33	658 784 000
	2621	217	21 655 468 929

In dieser Tabelle überrascht die starke Konzentration auch in der Wirtschaft (fast 2% Milliarden Mark), bei Getränken oder Drinks (1,6 Milliarden Mark) und Chemikalien (fast 6 Milliarden Mark). Die „Kölnische Zeitung“ fügt hinzu, daß es in wenigen Jahren kaum einen Einzelaktionär in den USA mehr geben wird, und daß sich dann alle Aktien in den Händen von Investmenttrusts, Holding-Gesellschaften und Banken befinden werden.

## Lorenz A. G. deutsch-amerikanisch. 70 Prozent des Kapitals an die Standard-Elektrizitäts-Gesellschaft.

Nachdem der Radiopatenstreit zugunsten Telefunken und gegen Philips entschieden wurde, ist die Berliner Lorenz A. G. aus einem deutsch-holländischen zu einem amerikanisch-deutschen Unternehmen geworden. Die Lorenz-Majorität (70 Proz. von 9,5 Mill. Aktien) ist von der Standard-Elektrizitäts-Gesellschaft, hinter der der Amerikanische International Telephone and Telegraph Corporation steht, übernommen worden. Daß die A. G. an der Standard beteiligt ist, ändert nichts an dem amerikanischen Charakter der neuen Lorenz-Herrschaft, die schon über die u. Genest, Telephon Berliner, Schuchardt und die Nürnberg T. A. B. - Fabrikation verfügt.

Im deutschen Radiogeschäft werden durch die Vorgänge das Telefunkenmonopol, an dem AEG. und Siemens gleichmäßig interessiert sind, gefördert. Die Philips-Konkurrenz hätte preislegend gewirkt, auch zugunsten einer Mehrbeschäftigung bei Lorenz, da Philips stark im Ausland veräußert.

Im deutschen Schwachstromgeschäft sind AEG. und das Ausland stärker geworden. Die Quoten des Reichspostgeschäfts liegen jetzt mit 28,5 (statt 18) Proz. klar bei der Standard-AEG-Gruppe, mit rund 7 Proz. bei Siemens u. Halske.

Der von der Standard-AEG. gezahlte Preis (190 Proz. für die Lorenz-Aktien) ist ziemlich hoch. Aber das Postgeschäft, bei dem die Reichspost bluten muß, bringt das ja ein.

Schokoladenfabrik Hartwig u. Vogel zahlt wieder Dividende. Die bisher veröffentlichten Abschlüsse führender Schokoladenfabriken zeigten bereits, daß die „Markenware“ herstellenden großen Fabriken auch im letzten Jahre gut abgelaufen haben. Dies wird durch den jetzt vorliegenden Gewinnabschluß der Dresdner Schokoladenfabrik Hartwig u. Vogel bestätigt. Die Gesellschaft konnte ihren Vorjahrsverlust von rund 201 000 M. in einen Reingewinn von fast 133 000 M. verwandeln und die Dividendenzahlung mit 4 Proz. wieder aufnehmen. Während der Betriebsgewinn mit 3,16 Millionen unverändert geblieben ist, haben sich die Unkosten um mehr als 15 Proz. vermindert, ein Beweis, wie auch die Mechanisierung der Betriebe in der Genuss- und Nahrungsmittelindustrie sich greift. Die sehr hohen Schulden des Unternehmens wurden im letzten Jahr um 25 Proz. gesenkt, sind aber mit insgesamt 4,2 Millionen, denen nur 2,3 Millionen Bankguthaben und Forderungen gegenüberstehen, noch recht beträchtlich.

Der Großhandelsindex ist im April zum erstenmal seit längerer Zeit wieder gestiegen — dank der Schiefesehen Agrarpolitik — von 126,4 auf 126,7 Proz. Agrarstoffe erhöhten sich von 110 auf 112,1, Kolonialwaren von 117,6 auf 118,4 Proz. (Tee- und Kaffeezoll). Rohstoffe und Halbwaren gingen von 125,5 auf 124,8 Prozent zurück, die Fertigwaren von 152,9 auf 151,9 Proz., wobei der Preisrückgang bei Konsumgütern (Arbeitslosgel!) von 163,3 auf 161,8 Proz. am stärksten war.

Die amerikanische Wirtschaftskrise wird auch durch den Rückgang der General Motors-Autoverkäufe im 1. Quartal 1930 um rund 30 Proz. auf 368 635 Wagen im Vergleich zum gleichen Vorjahresquartal gekennzeichnet. Der Inlandsabsatz ging von 413 173 auf 323 443, der Exportabsatz von 109 946 auf 45 192 Wagen zurück.

Polnische Kabelegründung deutscher Elektro-Konzern. Nach dem Geschäftsbericht der Hellen u. Williams Carlowell A. G. haben der Hellenkonzern, die AEG. und Siemens in Polen eine Kabelelektro-fabrik gegründet, die noch 1930 in Betrieb genommen werden soll.

# Farbentrust 14 Proz. Dividende.

## Scharfer Belegschaftsabbau trotz hoher Umsätze.

Die F. G. Farbenindustrie A. G. in Frankfurt a. M. legt jetzt ihren Abschluß und Geschäftsbericht für 1929 vor. Der nach Inhalt und Umfang gleich dürftige Jahresbericht der Verwaltung beweist, daß dieses Milliardenunternehmen die Öffentlichkeit nach wie vor schenkt. Die wichtigsten Arbeitsgebiete des Farbentrusts werden wie auch in früheren Jahren nur in ganz groben Umrissen behandelt, ohne daß irgendwelche ziffernmäßigen Unterlagen über die tatsächliche Entwicklung gegeben werden. Während die führenden Konzerne aus anderen Industriegruppen seit Jahren regelmäßig ihre Umsatzziffern angeben, hält der Chemietrust diesen Fortschritt in der Publizität keineswegs für gänzlich unangebracht.

Aus der allgemeinen Entwicklung im letzten Geschäftsjahr läßt sich jedenfalls ersehen, daß der Konjunkturrückgang im letzten Jahre die Entwicklung des Farbentrusts so gut wie gar nicht beeinflusst hat. So konnten die Rekordumsätze von 1928 auch im Berichtsjahr gehalten werden.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist diesmal noch undurchsichtiger als in den vorhergehenden Jahren, weil diesmal die Generalunkosten überhaupt nicht ausgewiesen, sondern bereits vorweg abgezogen worden sind. Andererseits erscheinen diesmal die Steuern mit 66,8 Mill. gesondert, während sie im vergangenen Jahr nicht ausgewiesen wurden. Dieses Versteckspiel in der Gewinn- und Verlustrechnung läßt daher einen genauen Vergleich des ausgewiesenen Rohgewinnes nicht zu. Der Rohgewinn erscheint diesmal mit 265,5 Mill. in fast der gleichen Höhe wie 1928, während sich der ausgewiesene Reingewinn auf 110 gegen 118,4 Mill. im Vorjahr stellt. Den Aktionären des Farbentrusts wird diesmal neben der gleich hohen Dividende von 12 Proz. noch ein Ertragszuschuss in Höhe von 2 Proz. Sonderdividende zugesichert, das aus den von Amerika eingegangenen Freigabegeldern stammt. Die

## Gesamtausbeute der Aktionäre

des Farbentrusts erreicht also 1929 den bisher höchsten Stand von 14 Proz.

Die im letzten Jahr durchgeführten scharfen Abbaumaßnahmen gegenüber der Belegschaft stehen zu diesen fetten Aktionärgewinnen in schroffem Gegensatz. Die Gesamtbelegschaft, die sich bei dem Farbentrust Ende 1928 auf rund 154 600 Mann stellte, ist im Berichtsjahr auf 131 759 Mann gesunken. Allein in den Fabrikbetrieben des Farbentrusts ist die Belegschaft im Berichtsjahr von 114 185 auf 97 750 Personen zusammengeschrunzt. Die übrigen Abbaumaßnahmen betreffen die

Belegschaften in den Braun- und Steinkohlenbergwerken des Unternehmens. Berücksichtigt man bei dieser für die Arbeiterschaft so katastrophalen Entwicklung die Tatsache, daß Anfang 1929 der niedrigste Belegschaftsstand in den Fabrikbetrieben des Farbentrusts sich auf 83 720 Mann stellte, also zu einer Zeit, in der eine große Zahl jetzt schon hochentwickelter Fabrikationszweige bei dem Chemietrust überhaupt noch nicht existierte, so zeigt die Entwicklung des Belegschaftsstandes im Verhältnis zur Umsatz- und Gewinnsteigerung,

## welche schweren Opfer die Rationalisierung

von den Werktätigen fordert. Andererseits hat das Unternehmen, das seit 1926 Jahr für Jahr steigende Umsätze erzielte und seine Betriebsgewinne in den letzten vier Jahren um 40 Proz. steigern konnte, eine sehr reiche Rationalisierungsernte einheimen können.

Aus der Bilanz geht auch deutlich hervor, in welchem Umfang der Farbentrust außer seinen ausgeschütteten Gewinnen neues Kapital bilden konnte. Allein die Abschreibungen, die zur Finanzierung von Neuanlagen und Maschinenkäufen dienen, belaufen sich in den letzten drei Jahren auf rund 216 Mill. Mark. Allein in den letzten beiden Jahren stellte sich nach Abzug der sehr hohen Abschreibungen der Wertzuwachs an neuen Anlagen, der aus Betriebsgewinnen bezahlt wurde, auf rund 118 Mill. Trotz dieser großen Kosten für Neuinvestitionen kann von Geldmangel bei dem Unternehmen keine Rede sein. So wurden allein im letzten Jahre die Bankschulden von 82 bis auf 31 Mill. zurückgezahlt, so daß die mit 160 Mill. ausgewiesenen Bankguthaben und Kassebestände die Schulden um mehr als das Fünffache übersteigen. Auch die übrigen Forderungen übersteigen mit fast 486 Mill. die laufenden Schulden um annähernd 160 Mill. Mark. Die Finanzlage bei diesem Riesenunternehmen ist also denkbar günstig.

Der Abschluß im Farbengeschäft, sowie bei den Abteilungen Chemikalien und Pharmazeutika war nach dem Geschäftsbericht im letzten Jahr durchweg gut. Die steigende Nachfrage nach pharmazeutischen Fabrikaten machte einen weiteren Ausbau der Betriebsanlagen notwendig. Bei der

## Monopolstellung des Farbentrusts

auf dem für die Allgemeinheit so wichtigen Gebiet der Pharmazeutik (Aspirin, Pyramidon usw.) stellt dieses Geschäft eine der größten Profitquellen des Unternehmens dar. Dagegen hat sich die Ueberproduktion in der Stützindustrie auch bei dem Farbentrust

# Internationale Kundgebung der Berliner Sozialdemokratie

Montag, den 12. Mai, 19.30 Uhr, im Etablissement Neue Welt, Hasenheide 108-14 (Säle und Garten).  
Redner sind die Vertreter der ausländischen Bruderparteien. — **Sorgt für Massenbesuch!**

## Um die Zukunft des deutschen Städtebaus

Der Reichstag muß die Entrechteten schützen! / Von Stadtbaurat Martin Wagner.

In dem Aprilheft der Zeitschrift „Die Arbeit“ sah sich Rudolf Bissell, unser Arbeitsminister in dem Kabinett Müller, genötigt, auf die Gefahren hinzuweisen, „die der Sozialpolitik von der Seite der Rechtsprechung her drohen können“. Die Gefahren, wenn nicht größeren Gefahren drohen aber nicht nur der Sozialpolitik durch das Reichsgerichtsgericht, sondern allen Zweigen der modernen Sozial-, Kultur- und Wirtschaftspolitik durch die Rechtsprechung, die sich von dem Geiste des Gesetzgebers und dem gesunden Menschenverstand immer mehr entfernt und sich teils bewußt, teils unbewußt von juristischer Formaltechnik und römischer Juristerei leiten läßt.

Die deutsche Rechtsprechung befindet sich in einer Krise. Sie läßt Abgründe entstehen zwischen dem, was der Gesetzgeber wollte, der gesunde Menschenverstand verlangen muß, und dem, was ein auf Paragrafen gestütztes Urteil als unabänderlich feststellt. Diese Krise in der deutschen Rechtsprechung ist wieder einmal durch ein Reichsgerichtsurteil offenbar geworden, das es Jahre nach der Verabschiedung der Reichsverfassung den § 13 des preussischen Fluchtliniengesetzes vom 2. Juli 1875 als verfassungswidrig erklärt hat, obgleich die preussischen Großstädte sich seit 55 Jahren auf dieser gesetzlichen Grundlage unangefochten entwickelt haben.

Diese Krise der deutschen Rechtsprechung muß jedem fortschrittlich eingestellten Staatsbürger aber geradezu unheimlich werden, wenn man sich vor Augen hält, daß ein von Haus- und Grundbesitzern beschicktes Dreiklassenparlament im Jahre 1875 — ein Gesetz beschließt, das die Städte und Gemeinden durch den § 13 des Fluchtliniengesetzes von jeder Entschädigung freistellt, die durch eine festgesetzte Fluchtlinie (und der hierdurch geschaffenen „Eigentumsbeschränkung“) entstehen könnte, während das Reichsgericht im Jahre 1930 umgekehrt einer festgesetzten Fluchtlinie die Wirkung einer entschädigungspflichtigen „Soll- und Teilenteignung“ zuspricht.

Wenn dieses Urteil im Jahre 1876 gefällt worden wäre, dann hätte sich der Städtebauer und Politiker nicht gewundert. Doch dieses Urteil aber im Jahre 1930 und zu einer Zeit herausgekommen ist, wo der preussische Staat in seinem Städtebaugesetz ein moderneres Recht und das Reichsarbeitsministerium mit seinem unter Rudolf Bissell hergestellten Baulandgesetzentwurf die Fortentwicklung moderner städtebaulicher Arbeit weiter fördern wollte, muß selbst einen Blinden sehend machen.

Liberalen Juristen können die Fachleute, Politiker und Gemeinden nicht mit dem Einwurf trösten, daß das Reichsgerichtsurteil nicht viel Neues gebracht habe, sondern nur das Ende einer Kette von Entscheidungen sei, die in durchaus konsequenter Rechtsprechung dem deutschen Städtebau in römisch-rechtliche Fesseln lege. Als Gegenwärtigen interessiert uns aber nicht die Geschichte einer rückwärts geführten Rechtsprechung, sondern der Tatbestand, und dieser Tatbestand ist derart, daß die Städte und Gemeinden alle Veranlassung haben, sich einmütig gegen eine Rechtsprechung zu erheben,

die die Zukunft des deutschen Städtebaus fast ohne jede Schranke von dem Willen einiger weniger Grundbesitzer abhängig macht.

Gemäß, die Vorzeichen des Gemitters, das sich um den deutschen Städtebau zusammenschloß, haben die Städte und hat die Stadt Berlin nur allzu deutlich sehen müssen. Wenn der Hamburgische Staat schon vor dem Kriege für die Sanierung seiner Altstadt, für den Ankauf von privatem Boden 78 Millionen Mark aufwenden mußte und aus der Wiedererbauung nur die Hälfte dieser Summe wieder herauswirkte, so ist das ein Zeichen dafür, daß der Grundbesitzer den Boden nach römischer Rechtsauffassung als „Sache“ behandelt und mit dieser „Sache“ nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen kann. Der Boden ist aber keine Sache, die man nach Belieben vermehren, forttragen und vernichten kann, sondern erhält einen Wert erst aus der Tätigkeit und durch die Tätigkeit der Gemeinschaft.

Wenn — was nicht bestritten werden kann — große Teile des deutschen landwirtschaftlichen Bodens in den letzten Jahren in ihrem Ertragswert gesunken sind und der Grundbesitz heute nach staatlicher Unterstützung ruft, so beweist das nur, daß der Bodenbesitzer mit seinem Grundbesitz in ein allgemeines wirtschaftliches Geschehen eingeschlossen und von diesem abhängig ist. Will der Grundbesitzer hier die öffentliche Hand „von jeder Einwirkung ausschließen“, so müßte er folgerichtig auch auf jeden Zolldruck und auf jede Subvention der Gemeinschaft verzichten. Wenn er das nicht will, dann muß er sich aber auch gefallen lassen, daß die Gemeinschaft sich darüber empört, wenn ein städtischer Grundbesitzer in Berlin sein Grundstück, das er jahrelang zu einem Steuerwert von nur 2 775 000 Mark versteuert hat, der Stadt zu einem geringeren als den Preis von 14 Millionen Mark abgibt und bei dieser Preisforderung eine wirtschaftsfeindliche Rechtsprechung zu seinen Gunsten ausspricht.

Die Tagespresse der letzten Monate glaubte in den Grundstückskäufen der Stadt Berlin eine beispiellose Korruption einzelner Funktionäre aufgedeckt zu haben. Ich will mit meinem Urteil in ein schwebendes Verfahren nicht eingreifen, aber

soviel möchte ich schon heute sagen, daß die materiellen Werte, die auf eine persönliche Korruption verbrüht werden können, ein Vinsengericht gegenüber den Berien darstellen, die eine von dem gesunden Rechtsempfinden des Volkes abgeplittene Rechtsprechung heute bei den Grundstückskäufen der Stadt Berlin den Berläufern der Grundstücke zuspricht. Hier handelt es sich nicht mehr um „Provisionen“ von einigen hunderttausend Mark, sondern um Beträge, die ein halbes Hundert Millionen übersteigen.

Aber diese Beträge wurden von der Stadt Berlin — ob vermeidbar oder unvermeidbar, das lasse ich dahingestellt — unter dem Druck, bei einer Enteignung noch höhere Beträge zahlen zu müssen, freiwillig gezahlt.

Aber welche Kosten mußt das Reichsgerichtsurteil den Städten auf Grund der neuen Entscheidung für die Zukunft zu?

Man kann sich ein ungefähres Bild von der kommenden Belastung der Städte machen, wenn die Deffektivität erfährt, daß der Kläger gegen die Stadt Berlin, der die Reichsgerichtsentscheidung herbeigeführt hat, lediglich für die Beschränkung seines kleinen Grundstückes durch die Freilächenausweisung einen Schadenersatz von über 1 700 000 Mark verlangt, obgleich er dieses Grundstück in der Infaktion für weniger als 20 000 Mark gekauft hat. Gemäß ist zwischen Verlangen und Erhalten noch ein Unterschied, und ein Einzelfall brauchte uns nicht zu schrecken. Aber das Reichsgerichtsurteil stellt allgemeine Rechtsgrundsätze auf, die es jedem Grundbesitzer freistellen, das durch Fluchtlinien ausgewiesene Straßen- und Platzland als eine entschädigungspflichtige

Eigentumsbeschränkung anzusehen und mit Schadenersatzansprüchen an die Städte heranzutreten.

Was im kaiserlichen Deutschland und unter einem Dreiklassenparlament von Grundbesitzern nicht möglich war, das hat eine römische Rechtsprechung in der deutschen Republik möglich gemacht. Wahrlich, wir haben nicht mehr auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die dem deutschen Städtebau als einem überaus bedeutsamen Teilgebiet der Sozial-, Kultur- und Wirtschaftspolitik von der Seite der Rechtsprechung her „drohen“, wir haben in einem vorliegenden Urteil mehr als ein Alarmsignal, wir haben in ihm eine präventive Rechnung zu sehen, die der „Schutzverband für deutschen Grundbesitz“ mit allen Fasern egozentrischer Sehnsucht erwartet hat.

Die Zukunft des deutschen Städtebaues und die Gegenwart der Zahlungsverpflichtungen der Städte und Gemeinden ist nunmehr in die Hand des Deutschen Reichstages gelegt, der beschleunigt ein Gesetz zu beschließen hat, das das ergangene Reichsgerichtsurteil unschädlich macht und die städtebauliche Gesetzgebung auf den Stand vom Jahre 1875 zurückführt, zugleich einer 55jährigen Entwicklung der Städte zu Groß- und Weltstädten Rechnung trägt und ihnen einen neuen Entwicklungsboden für die Zukunft bereitet. Aber wer wird nicht pessimistisch, wenn er das Kabinett Brüning vor die Lösung dieser Aufgabe gestellt sieht? Vor eine Aufgabe, die den Politiker nur von ferne beschäftigt hat, die den Juristen vor die Entscheidung stellt, zwischen römischer und deutscher Rechtsauffassung über den Bodenbesitz zu wählen, und die den verantwortlichen Finanzmann dazu zwingt, die Städte und Gemeinden vor untragbaren Lasten zu schützen? Wie wird dieses neue Gesetz aussehen? Es muß so aussehen, wie es die 95 Pro. der „Bodenlosen“ zu verlangen haben, um in einem modernen Rechtsstaat und in einem Stadtkörper der Neuzeit leben und arbeiten zu können.

## Mißstände in der Zentralmarkthalle

Großhändler erdrücken die Markthallen-Standinhaber.

Von einem Leser unseres Blattes, einem Markthallenstandinhaber, wird lebhafteste Klage über Mißstände geführt, die sich in letzter Zeit bei dem Obst- und Gemüsehandel in der Zentralmarkthalle eingestellt haben.

Der gesamte Großhandelsverkehr spielte sich noch vor wenigen Jahren in den beiden städtischen Markthallen am Bahnhof Alexanderplatz ab. Allmählich jedoch haben sich rings um die städtischen Hallen in den anliegenden Straßen Verkaufsstellen von Engrosfirmen aufgetan, die in ihren Läden genau so wie die Standinhaber in der Halle ihren Engrosabgabepunkt bilden. Nur lassen diese Firmen durch große Transportautos die Obst- und Gemüseladungen von den verschiedenen Bahnhöfen abrollen und verkaufen diese Waren direkt vom Wagen, der vor ihren Läden hält. Hierdurch wird der Verkehr in den engen Zufahrtshäfen zu den Markthallen so außerordentlich gehemmt, daß die Fuhrwerke der Detailgeschäfte überhaupt nicht mehr zur Halle herantommen. Um Zeit zu sparen und Unbequemlichkeiten aus dem Wege zu gehen, werden nun viele der Kleinhändler ihren Bedarf gleich in den Engros-Läden. Die Standinhaber beklagen sich bitter, daß dadurch ihre Existenz gefährdet wird. Sie fordern dringend die Hilfe von den städtischen Behörden, die durch die Vermietung der Stände auch die Verpflichtung übernommen haben, die Standinhaber wirtschaftlich zu schützen.

Nach den Informationen unseres Berichterstatters sind die Beschwerden der obigen Natur berechtigt: sie werden von allen Markthallenhändlern in gleicher Form erhoben. Man klagt auch darüber, daß die Markthallendirektion in dem von der Stadt gemieteten Geschäftshaus Kaiser-Wilhelm, Ecke Dirschenstraße die großen Läden an der Vorderfront an Engrosfirmen mieten vermietet hat, zu Höchstmieten natürlich, die die kleinen Standinhaber nie bezahlen können. Während die Markthallenhändler an eine feste Verkaufszeit, von 5 Uhr morgens bis 11 Uhr vormittags, gebunden sind, brauchen sich die Ladenengrosfirmen nicht an die Markthallenordnung zu halten und können den ganzen Tag frei und ungehindert Geschäfte machen.

Eine Rücksprache mit der Markthallendirektion ergab ebenfalls eine Bestätigung der Mißstände. Doch wird hier schon seit Jahren versucht, dagegen anzukämpfen. Als die Stände in den Hallen vergeben waren, mußten die Engrosfirmen versuchen, in unmittelbarer Nähe der Zentralmarkthalle Läden und Lagerräume zu beziehen, die sie teilweise mit sehr hohen Mieten bezahlten. Die Zahl der Händler vergrößert sich von Jahr zu Jahr. Die Markthallen genügen längst nicht mehr den Ansprüchen einer Viermillionenstadt. Der Mißstand der Enge und der gegenseitigen Konkurrenz würde mit einem Schlage beseitigt sein, wenn endlich das dringend geforderte und immer wieder hinausgeschobene Projekt der neuen Markthallenanlagen in der Beusselstraße verwirklicht werden würde. Der Handel

auf den umliegenden Straßen direkt vom Wagen herab ist strengstens untersagt; früher wäre von der Polizei energischer gegen diese Händler vorgegangen. Auch hier haben Sparmaßnahmen bewirkt, daß die heutige polizeiliche Aufsicht nicht mehr ausreicht. Trotzdem muß etwas geschehen, da sich die Mißstände in den Markthallen der Gontardstraße von Tag zu Tag vergrößern.

### Chemisches vom Brot.

Im Bezirksverein Groß-Berlin und Mark des Vereins Deutscher Chemiker sprach Prof. Dr. M. P. Neumann, der Direktor der Preussischen Versuchs- und Forschungsanstalt für Getreideverarbeitung, über das Brot.

Es ist noch nicht lange her, daß man sich wissenschaftlich mit dem Brot beschäftigt. Es waren ursprünglich die Arbeitsweisen der Agrarchemie und der Nahrungsmittelechemie, die hier führend waren, aber es zeigte sich bald, daß diese einfachen Methoden nicht allen Ansprüchen der Wissenschaft genügten. Man konnte zwar etwa durch eine Aschenanalyse den Ausmahlungsgrad bestimmen, aber über den inneren Wert des Korns als Brotmaterial erhielt man auf diese Art keinen Aufschluß, denn die Veränderungen in der Umstellung der Substanz, die hier maßgebend sind, werden so nicht erkennbar. Die Teigbildung hängt von den engen Beziehungen des Mehlstoffes zum Wasser ab. In der Pflanze entsteht der Mehlkörper durch Umwandlung niedermolekularer Stoffe, wie Zucker, zu hochmolekularen Körpern, wie Stärke. Dieser Vorgang vollzieht sich aber stufenweise und jede Verschiebung im Aufbau bedingt ein verschiedenes Verhalten zum Wasser. Je größer der Gehalt an hochmolekularen Stoffen ist, desto standfester wird der Teig; je mehr Zucker enthalten ist, um so mehr erweicht er. Bei der Teiglockerung haben wir noch mit einer Reihe wissenschaftlich unstrittiger Fragen zu tun. So sind die Meinungen über die Wirkung des Sauerteigs noch geteilt. Während die einen annehmen, daß nur die Hefe, die in ihm enthalten ist, die Auflockerung bewirkt, während die Säurebakterien den Teig gleichsam desinfizieren, nehmen andere an, daß auch die Bakterien des Sauerteigs an der Auflockerung selbst beteiligt sind. Der Backvorgang bedeutet, daß mit der steigenden Temperatur Veränderungen eintreten, so bei etwa 60 Grad die Verflüssigung der Stärke, dann folgt bei etwa 100 Grad die Bildung von Dextrinen und schließlich bei 180 Grad die der Köstprodukte. Geht man darüber hinaus, dann bildet sich die Kohle, wenn der Bäcker das Brot verbrennen läßt.

Früher muß Eindeutigkeit bestanden — denn Mutter hat heute wieder andere Reimereien. Was muß ich bringen, fragt er sich unterwegs. Ich ja, Tochter, machs. Er meint in den Leben und der Kaufmann nennt ihn unsterblich. Was tut der Preis? Mit voller Selbstverständlichkeit nimmt er den Preis. Was er fast sich, was muß auch besser sein. Der kleine Thilo hat recht, aber kein Mutter schmeißt ihn ordnung aus. — Er erwidert aber bald, wie ausgelassen „Muttermutter“ ist. Handhaken aufsetzen, daß es schon einen dauerhaften Todestanz; deshalb erwidert er auch nicht als doppelt so weit, so daß es in Wirklichkeit billiger ist. Sollte die das Erlebnis von Religion Mutter nicht auch zum Sockelbau anregen?



## Etagepreise für MAASSEN-Ware!

LEIPZIGER STR 42 IM MAASSENHAUS

Am Sonnabend  
**EINSENDUNGS-SCHLUSS**

in unserm großen Preisausschreiben.  
Bedingungen in unserm Geschäftslokal.  
Die Preise sind in unserer PASSAGE ausgestellt

**Können Sie Vormittags kommen?**  
Vormittags können wir Sie noch sorgfältiger bedienen!



